

Schriftenreihe Demokratie und Sozialismus
Heft 9

SOZIALISTISCHE DOKUMENTE

Das Heidelberger Programm

Beschlossen auf dem Parteitag
der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
in Heidelberg am 18. September 1925



Bollwerk-Verlag Karl Drott Offenbach a. M.

1947



A 96 - 10472

INHALTSVERZEICHNIS

Paul Kampffmeyer:	3
Vorwort	3
Vorbemerkung	4
Paul Kampffmeyer:	7
Eine Einführung in das Heidelberger Programm	7
Dr. Rudolf Hilferding:	10
Rede zum Programmwurf des Heidelberger Parteitages	10
Diskussion über den Programmwurf und Hilferdings Rede	23
Das Schlußwort Hilferdings	34
Das Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands	40
Das Aktionsprogramm	43
Karl Kautsky:	47
Der grundsätzliche Teil des neuen Programms	47
Friedrich Stampfer:	71
Die Verfassung im Aktionsprogramm	71
Otto Landsberg:	76
Die Verwaltung im Aktionsprogramm	76
Alwin Saenger:	81
Die Justiz im Aktionsprogramm	81
Hermann Müller-Lichtenberg:	85
Die Sozialpolitik im Aktionsprogramm	85
Heinrich Schulz:	91
Kultur- und Schulpolitik im Aktionsprogramm	91
Wilhelm Kell:	98
Finanzen und Steuern im Aktionsprogramm	98
Robert Schmidt:	104
Wirtschaftspolitik im Aktionsprogramm	104
Hermann Müller-Franken:	110
Internationale Politik im Aktionsprogramm	110

Nachdruck- und Übersetzungsrecht vorbehalten

1.-5. Tausend / Oktober 1925

Veröffentlicht unter Zulassungs-Nr. US - W - 2023 der Nachrichtenskontrolle der Militär-Regierung

Printed in Germany. Alle Rechte vorbehalten.

Copyright by Holtzner-Verlag Karl Drott, Offenbach a. M.

Druck: Graphische Werkstatt Offenbach - Buch- und Kunstverlag W. R. Rudolph

Vorwort

Der 18. September 1925 ist ein denkwürdiger Tag in der sturmbelegten Geschichte der deutschen Sozialdemokratie. An diesem Tage nahm der sozialdemokratische Parteikongreß in Heidelberg das neue sozialdemokratische Parteiprogramm an, das nun wie eine neue Sturmflagge allen großen kommenden Kämpfen der geeinten Partei sieghaft voranleuchten soll.

Mit Recht ließ die geeinte Partei eine Zeit innerer geistiger Sammlung verstreichen, bevor sie in einem grundsätzlichen Programm die Leitsätze ihrer Theorie und Praxis festlegte. Sie begnügte sich zuerst mit einem Aktionsprogramm, das sich lebendig und erfolgreich in der ganzen Tätigkeit der Partei auswirkte.

Das neue Heidelberger Programm steht auf den Schultern des Erfurter und Görlitzer Programms. Es wird von den Entwicklungsgedanken des Erfurter Programms getragen, und es fußt fest auf den wichtigsten Forderungen des Görlitzer Programms.

Der Erfurter Parteitag des Jahres 1891 brachte eine grundsätzliche Wendung in der Geschichte der sozialdemokratischen Parteiprogramme. Die Programme vor dieser Zeit stellen bestimmte allgemeine Endziels- und besondere wirtschaftliche und politische Gegenwartsforderungen auf, in denen sich sozialdemokratisches Denken und Fühlen elementar gegen die Tatsachen einer Welt kapitalistischer Ausbeutung und Verknechtung auflehnt. Das Programm des Jahres 1891 begnügt sich nicht mit dieser bloß gefühlsbetonten Auflehnung. Es spürt den Tatsachen selbst nach und entdeckt in diesen die Tendenz, die Richtung zum Sozialismus selbst. Nicht nur der innere, von sittlicher und rechtlicher Empörung bewegte Mensch — das Subjekt — drängt zum Sozialismus, nein, die ganze äußere wirtschaftliche Welt — das Objekt — steuert auf ihn zu. Aus den Tatsachen selbst sucht sich der demokratische Sozialismus nach 1891 eine objektive Begründung zu geben. Die Bausteine der sich machtvoll gestaltenden Welt reden gleichsam schon vom Sozialismus.

Als die Sozialdemokratische Partei 1925 zur Festlegung ihres Programms schritt, tauchte wieder die Frage auf: Soll dieses Programm in kurzen, lapidaren Sätzen die Grundforderungen der Partei aufstellen, oder soll sie den Weg von 1891 gehen, das heißt, soll sie den Sozialismus als eine große werdende wirtschaftliche und soziale Gesamttatsache erweisen? Die Genossen der Programmkommission und des Parteitages entschieden sich für den zweiten Weg; und so spiegelt denn das neue Heidelberger Parteiprogramm die ungeheure Entwicklung der tatsächlichen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Welt wider, und zugleich kündigt es mit weithin schallender Stimme die Grundforderungen an, die sich aus diesem großen Umwälzungsprozeß der Zeit ergeben. Möge es wie ein gewaltiges Kampfsignal in das Land hinausdröhnen, um der Partei immer anschwellendere Massen begeisterter Streiter zuzuführen.

Oktober 1925.

Paul Kampffmeyer.

Vorbemerkung

Das Heidelberger Programm hat —, obwohl es bei seiner Beschließung auf dem Heidelberger Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands im Jahre 1925 allgemein als ideales Programm angesehen wurde — nur sehr kurze Zeit gelebt. Es blieb keine acht Jahre Richtschnur des Wirkens der deutschen Sozialdemokratie.

Es besteht kein Zweifel, daß hier grundsätzliche Fehler vorliegen müssen. Eine objektive Darstellung der Ursachen dieser Fehler muß noch geschrieben werden.

Die „Sozialistischen Dokumente“ wollen nur historisches Material geben. Der Leser möge selbst das Für und Wider der einzelnen Punkte und ihre Beziehung zur Jetztzeit erörtern.

Einige Anhaltspunkte sind jedoch angebracht — sie erleichtern die kritische Durchdringung des ganzen Fragenkomplexes. Der entscheidende Faktor des Versagens dieses Programmes liegt offensichtlich nicht in ihm selbst, sondern in den falschen Voraussetzungen.

Die Sozialdemokratie glaubte in der Weimarer Zeit, dem Hochkapitalismus ein ebenbürtiger Gegner zu sein. Der Leser möge sich selbst diese Frage vorlegen und sie beantworten.

Es hat sich weiter erwiesen, daß der Appell an die Vernunft weder ausreichend noch das Entscheidende ist. In Zeiten wirtschaftlicher Not ist ein betörender Ruf an die stimmungsmäßige Mentalität leider von stärkeren Erfolgen begleitet als alle sachlichen Erwägungen. So glaubte das deutsche Volk einmal, daß alles nur mit Wasser gekocht wird, und nichts so heiß gegessen werde, wie es gekocht wird. Die Tragik dieses Köhlerglaubens liegt heute klar vor Augen.

Sicher erscheinen diese Worte banal angesichts der furchtbaren und verhängnisvollen 12 Jahre der braunen Herrschaft. Um jedoch eine kritische Sonde an die Ereignisse anzulegen, muß nüchtern und klar gedacht werden.

Noch ein Weiteres kommt hinzu. Es fehlte der damaligen Sozialdemokratie an allen Erfahrungen auf dem Gebiete der Massenpsychologie. Dies ist mit ein entscheidender Grund, der dieses Programm zunichte werden ließ. Der Großkapitalismus errang zwar einen Pyrrhussieg, aber das arbeitende Deutschland wird noch für viele Jahrzehnte die Folgen zu tragen haben.

Als Hugenberg die Ufa, das Tele-Union-Nachrichtenbüro und die General-Anzeiger-Presse übernahm, waren die größten Massenbeeinflussungsmittel in der Hand der Gegner der Weimarer Republik. Die Auflage aller sozialdemokratischen Zeitungen dagegen belief sich nur auf einen Bruchteil der sozialdemokratischen Wählerstimmen.

Hier dürfte der entscheidende Fehler liegen. Die Kraft der Idee reicht nicht aus, wenn sie nicht an die Massen herangebracht werden kann, und zwar in einer Form, wie es der Masse entspricht. Kaum ein Jahr, nachdem der Nationalsozialismus zerschmettert am Boden liegt, strömen Zehntausende zu Fußballkämpfen, während bei Vorträgen bekannter Professoren, die geistige Probleme behandeln, oder ausgezeichneten Symphoniekonzerten klassischer Meister die Säle keinesfalls gefüllt sind. Das sollte zu bedenken geben. Um so mehr, als die Sozialdemokratie als demokratische Partei auf dem Standpunkt stehen muß, daß sie ihr Mandat vom Volk erhält.

Ein Blick auf die Stimmziffern der Reichstagswahlen von 1919—1933 zeigt, daß die Sozialdemokratie neben ihrem zuverlässigen Wählerstamm über einen Anteil verfügte, der fluktuierte. Es wird sehr aufschlußreich sein, den Gründen nachzugehen, weshalb diese Meinungsänderungen stattfanden. Allerdings ist hierbei zu berücksichtigen, daß die Sozialdemokratie es ablehnen mußte, demagogisch zu werden, während gegnerische Parteien dem Standpunkt huldigten: „Wahr ist, was praktisch ist“. Diese Ehrlichkeit im politischen Kampf wurde der Sozialdemokratie zum Verhängnis, weil die Gegner sich nicht an die Spielregeln der Demokratie hielten. Die Folgen sind bekannt genug...

Diese Hinweise mögen genügen. Sie sollen lediglich dazu dienen, der eigenen Überlegung gewisse Anhaltspunkte zu geben; aus denen die Schlußfolgerungen selbst zu ziehen sind.

Besonderer Aufmerksamkeit seien die Ausführungen Dr. Hilferdings empfohlen, dessen vor mehr als 20 Jahren ausgesprochene Worte heute eine erstaunliche Aktualität wiedergewonnen haben. Der Leser wird an Hand der Dokumententexte in die Lage versetzt, sich in das wirkliche politische Leben der Vergangenheit einzufühlen.

Die Frage nach dem „Was wäre geschehen, wenn...?“ ist zwar reizvoll, aber historisch unwesentlich. Schon vor Jahrtausenden wußte man, daß die Weltgeschichte einen anderen Verlauf genommen hätte, wenn Kleopatras Nase einen Zentimeter länger gewesen wäre. In der Historik gibt es aber keine gleichen Voraussetzungen und nur selten wirkliche Parallelen.

Noch ein kurzes Wort zur heutigen Situation. Vor den Heidelberger Beratungen war es bereits die Frage, ob man einem kurzen Programm

der Grundforderungen den Vorzug geben solle vor einem umfassenden Programm mit eingehenden Stellungnahmen zu den einzelnen Sachgebieten. Damals entschied man sich für den letzten Weg. Der Parteitag der wiedererstandenen Sozialdemokratischen Partei, der vom 9. bis 12. Mai 1946 in Hannover stattfand, beschloß die Herausgabe eines Aktionsprogrammes, ohne im einzelnen zu den Dingen Stellung zu nehmen, zumal diese ständig in Fluß sind.

Der Herausgeber.

Eine Einführung in das Heidelberger Programm

Im Jahre des hundertsten Geburtstages Ferdinand Lassalles schuf sich in Heidelberg die deutsche Sozialdemokratische Partei ein neues Programm. Der Sozialismus, in Ferdinand Lassalle noch ganz Idee, wurde zur wirtschaftlich und politisch schaffenden Tat.

Der heiße Atemzug der revolutionären sozialistischen Theorie durchströmt urkräftig das Heidelberger Programm der deutschen Sozialdemokratie. Aus dem „Kapital“ von Karl Marx, aus der „Lage der arbeitenden Klasse in England“ von Friedrich Engels, aus dem „Erfurter Programm“ von Karl Kautsky, aus der „Frau und der Sozialismus“ von August Bebel — um hier nur einige Hauptwerke der deutschen Sozialdemokratie zu nennen — steigt der Feuerodem des modernen theoretischen Sozialismus auf. Eine lange, lange Reihe sozialistischer Schriften müßten wir hier herausheben, wenn wir dem Leser nur einen ungefähren Begriff von dem Reichtum der theoretischen Literatur der deutschen Sozialdemokratie geben wollten. Wir finden diese Literatur in den Bücherverzeichnissen der sozialdemokratischen Parteibuchhandlungen.

Das aufklärende Licht mancher theoretischen sozialistischen Arbeit ist erloschen. Nicht aus Mangel an eigener Leuchtkraft! Ein hartes Schicksal hat auch über der sozialistischen Literatur gewaltet. In der alles verheerenden Feuersbrunst des Weltkrieges verschwand auch sie zum großen Teil. Immerhin verblieben uns die grundlegenden Flugschriften des Sozialismus, die schöpferkräftig die Programme der deutschen Sozialdemokratie geformt haben. Die Fundamentalgedanken des deutschen Sozialismus fließen aus folgenden sozialdemokratischen Flugschriften: aus dem „Arbeiterprogramm“ und aus „dem Verfassungswesen“ Lassalles, aus „Lohnarbeit und Kapital“ von Marx, aus dem „Kommunistischen Manifest“ von Karl Marx und Friedrich Engels, aus der „Inauguraladresse der internationalen Arbeiterassoziation“ von Karl Marx, aus „der Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“ von Friedrich Engels.

Nach dem wohlstandvernichtenden Weltkrieg sind die auch bis dahin nicht vollen Taschen der deutschen Arbeiter recht leer geworden. Deshalb begrenzen wir absichtlich die Auswahl der in die Ideen des Heidelberger Programms einführenden Schriften auf die vorhergenannten Broschüren, die der bedrückte Proletarier auch heute noch erwerben kann.

Das Heidelberger Programm ist ein revolutionär-sozialistisches Programm, das einer neuen klassenlosen Gesellschaft zur Geburt verhelfen will. Lassalle kündete nun in seinem „Arbeiterprogramm“ eine vom Arbeiter heraufgeführte Weltwende an: den Anbruch des Zeitalters der Herrschaft der „Idee des Arbeiterstandes“. Die „Idee des Arbeiterstandes“ hieß für Lassalle eine organisierte Wirtschaft ohne Ausbeutung, eine klassenlose Gesellschaft ohne Vorrechte, ein die Menschheit befreiender Kulturstaat der Arbeit, eine die Solidarität der Interessen fördernde Sittlichkeit.

Das Heidelberger Programm ist ein revolutionäres Programm — und gerade das Lassallesche Arbeiterprogramm erläutert dem Leser bildkräftig das Wesen der Revolution. Revolution bedeutet den Aufbau der ganzen Gesellschaft auf neuer wirtschaftlicher und politischer Grundlage. Eine Reform, die nur am Bestehenden eine dürftige Flickarbeit verrichten will, kann sich in Blut und Leichen ausrasen — eine Revolution kann ohne die wilden Zuckungen gewaltsamer Ausschreitungen verlaufen. In der Baumwollenspinnmaschine Arkwrights wurde nach Lassalle eine soziale Revolution lebendig, sie trug in ihren Kämmen und Rädern bereits im Keim „den ganzen auf die freie Konkurrenz gebauten neuen Zustand der Gesellschaft in sich“.

Lassalle befestigt in dem Arbeiter die für das Verständnis des Heidelberger Programms so unerläßliche Vorstellung von dem inneren Zusammenhang der wirtschaftlichen und politischen Machtverhältnisse. Verfassungsverhältnisse sind Machtverhältnisse, die in ihrem tiefsten Grunde in der Wirtschaft und ihrer Beherrschung wurzeln. Die Ausführungen des Heidelberger Programms über das Übergreifen des Kapitals in die Sphäre der Staatsgewalt erhalten für den Arbeiter eine durchschlagende Überzeugungskraft, der die Ideengänge des Lassalleschen „Verfassungswesens“ beherrscht.

Noch heute liegt eine große, für das sozialistische Endziel begeisternde Gewalt in dem „Arbeiterprogramm“, das die Köpfe und Herzen des Proletariats zur opferfreudigen Hingabe für das Ideal einer klassenlosen Kultur vergesellschafteter Arbeit entflammt.

Das „Arbeiterprogramm“ Lassalles charakterisiert den „Arbeiterstand“ als wirtschaftlich, sozial und politisch entrechtet. Karl Marx spürt nun in „Lohnarbeit und Kapital“ den Gründen dieser Entrechtung nach. Er zeigt anschaulich, wie der Kapitalist auf dem Arbeitsmarkt die freie Arbeitskraft, die schöpferische Kraft des Arbeiters, kauft und wie er an ihm nur die Produktionskosten dieser Kraft erstattet, das heißt die Kosten der Lebensmittel, die den Arbeiter als Lohnarbeiter erhalten. Das Heidelberger Programm fußt in seinen grundsätzlichen Ausführungen völlig auf dieser von Marx entwickelten Ausbeutungstheorie.

Die so lebendig im Heidelberger Programm geschilderten Konzentrationstendenzen des Kapitals treten bereits wuchtig aus dem „Kommunistischen Manifest“ heraus. Das „Kommunistische Manifest“ läßt den ungeheuren historischen Prozeß der kapitalistischen Steigerung der Produktivität der Arbeit mit dramatischer Wucht abrollen. Unauslöschlich prägt sich dem Leser der Gedanke ein, daß der Kapitalismus eine gigantische Vorarbeit für den Sozialismus vollbringt, und daß der allgemeine Wohlstand einer sozialistischen Ära sich nur auf der breiten Grundlage einer konzentrierten Großproduktion aufbauen kann. Nichts Willkürliches, nichts von eigensinnigen Launen Eingegebenes liegt im Sozialismus. Aus der Tiefe der kolossalen, massenhaften Produktivkräfte entfesselnden Gesellschaft steigt mit zwingender Notwendigkeit der Sozialismus auf. Diese Vorstellung, die das ganze Heidelberger Programm durchdringt, zieht ihre Kraft aus dem „Kommunistischen Manifest“.

Wenn das Heidelberger Programm von dem Klassenkampf redet, so greift es nicht zuletzt auf das „Kommunistische Manifest“ zurück, das diesen Kampf als eine weltbewegende Macht mit einer unnachahmlichen Plastik des Ausdruckes darstellt.

In dem Heidelberger Programm sind die Grundzüge der ökonomischen Geschichtsauffassung von Marx deutlich erkennbar. Schon das „Kommunistische Manifest“ ist aus dem Geiste dieser Geschichtsauffassung heraus geboren worden. Es ist zugleich ein lebendiges Stück der ökonomischen Geschichtsschreibung selbst. Die politischen Ideen der Bourgeoisie sind Begleiterscheinungen der wirtschaftlichen Fortschritte dieser Klasse. In den revolutionären Gedanken des Proletariats spiegelt sich die ökonomisch-soziale Lage der Arbeiterschaft in den großen Umwälzungen der kapitalistischen Wirtschaftsweise wider. Marx spricht im „Kommunistischen Manifest“ bereits den Satz aus, daß sich mit den Lebensverhältnissen der Menschen, mit ihrem gesellschaftlichen Dasein, auch ihr Bewußtsein ändert.

Das Heidelberger Programm skizziert in scharfen Umrissen den Zusammenschluß der kapitalistischen Betriebe zu Trusts und Kartellen. Diesen Zug des Kapitalismus hat bereits Friedrich Engels in seiner Schrift: „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“ weitblickend gewürdigt. Nach Engels treiben die Produktivkräfte auf ihre Anerkennung als gesellschaftliche, von der Gesellschaft beherrschte Kräfte hin. Diese Kräfte nehmen „Gesellschaftsform“ als große Aktiengesellschaften, als Trusts, als Kartelle und als staatliche Betriebe an. Indem die kapitalistische Produktionsweise selbst „mehr und mehr auf Verwandlung der großen vergesellschafteten Produktionsmittel in Staats Eigentum drängt, zeigt sie selbst den Weg an zur Vollziehung der Umwälzung“.

Die Grundgedanken einer neuen, sich auf die Solidarität der Völker einstellenden Weltpolitik proklamiert das Heidelberger Programm. Es bekämpft grundsätzlich jede Verschärfung der Gegensätze zwischen den Völkern und jede Gefährdung des Friedens. Schon die Marxsche Inauguraladresse der Internationale richtet an die Arbeiter der Welt die ernste, drängende Frage: „Wenn die Befreiung der Arbeiterklasse der verschiedenen Nationen ihr brüderliches Zusammenwirken erheischt, wie soll dieses große Ziel erreicht werden mit einer auswärtigen Politik, die frevelhafte Zwecke verfolgt, nationale Vorurteile ausspielt und in Raubkriegen des Volkes Gut und Blut vergeudet?“ Marx proklamiert in der Inauguraladresse eine neue auswärtige Politik, in der die einfachen Gesetze der Moral und des Rechts, die die Beziehungen von Privatpersonen regeln sollten, als die obersten Gesetze des Verkehrs der Nationen untereinander gelten sollen.

Seit dem Tode von Marx und Engels hat sich die Struktur der kapitalistischen Wirtschaft und Gesellschaft wesentlich gewandelt. Diese Wandlung berücksichtigen die Schriften von Karl Kautsky: „Die proletarische Revolution und ihr Programm“, und von Otto Bauer: „Der Weg zum Sozialismus“.

In dem Heidelberger Programm hallen die Gedanken wider, die sich seit Jahrzehnten verbend und anfeuernd in der großen theoretischen Flugschriftenliteratur der deutschen Sozialdemokratie auswirken. Mag aus diesem Jungbrunnen sozialistischer Erkenntnis die Arbeiterschaft mit vollen Händen im Kampfe für ihr großes Befreiungsziel schöpfen.

P. K.

Rede Dr. Hilferdings zum Programmwurf des Heidelberger Parteitag

Parteitagsprotokoll

Das ungeheure Geschehen des letzten Jahrzehnts hat nicht nur zu einer neuen Staatenordnung geführt, sondern auch zu einer grundlegenden Umgestaltung der Machtverhältnisse der Klassen in allen entwickelten kapitalistischen Ländern. Im Lauf der Revolution hat uns die Flut der Entwicklung hinaufgetragen. Wir wurden gehoben zum Teil, zum Teil waren wir selbst Träger der Entwicklung und versuchen nunmehr, die Fluten zu meistern. Daraus entsteht für die Sozialdemokratie das Bedürfnis, ihr Programm, ihre Grundsätze und ihre Forderungen zu überprüfen. Wir sehen deshalb in allen Ländern das Bedürfnis nach einem neuen Programm. Dieselbe Entwicklung, die uns hinaufgetragen hat, war aber für die Theorie, für die wissenschaftliche Erforschung der neuen Probleme weniger günstig. Unter den Waffen schweigen nicht nur die Künste, sondern es fehlt auch die Zeit zu theoretischer Zusammenfassung der historischen Ereignisse. Andere sozialistische Parteien haben Kommissionen für die einzelnen Fragen eingesetzt und ihnen Zeit zu längerer Prüfung gelassen. Wir aber verlangen von diesem Parteitag bereits die Verabschiedung des neuen Programms, weil wir in einer besonderen Zwangslage sind. Der eine Teil der Partei hatte sich in Görlitz ein neues Programm gegeben, während der andere noch an dem alten Erfurter Programm festgehalten hatte. Der Nürnberger Parteitag hat nur ein kurz zusammengefaßtes Aktionsprogramm beschlossen, das uns heute ungenügend und unvollständig erscheinen muß. Wir haben also heute überhaupt kein Programm, das für die Gesamtpartei gilt.

Wir sind heute in einer anderen Lage als in Erfurt. Damals hatte eine jahrzehntelange theoretische Arbeit erst eine wirkliche marxistische Schule in Deutschland, vor allem aber auch in den anderen Ländern herangebildet, die in grundlegender Weise die älteren sozialistischen Ideologien ebenso zurückdrängen konnte wie die bürgerlichen Auffassungen, die in den Arbeiterkreisen noch Wurzel hatten. Das Erfurter Programm konnte nach dieser jahrzehntelangen Diskussion als Gesamtauffassung der deutschen Sozialdemokratie festgelegt werden.

Trotzdem ist die vorliegende Arbeit der Programmkommission nicht als eine solche zu bezeichnen, die nur dem Bedürfnis der Stunde genügt und nicht Bestand hat. Was wir in dem grundsätzlichen Teil festgelegt haben, ist vielmehr heute Gemeingut der Anschauung der Partei und jedes ihrer Mitglieder, wobei es ganz selbstverständlich ist, daß im Parteiprogramm nicht Wünsche einzelner und besonderer Richtungen berücksichtigt werden können, sondern nur das festgelegt werden kann, was wirklich allen Parteigenossen, allen Sozialisten nicht nur in Deutschland, sondern auch in der Internationale als gemeinsame theoretische Überzeugung sich aufdrängen muß.

Wir konnten diese Arbeit in der Programmkommission um so eher leisten, als uns der Schöpfer des Erfurter Programms, Karl Kautsky,

einen Entwurf als Grundlage für unsere Arbeiten gegeben hat, dem wir im großen und ganzen folgen konnten. Ich darf auch an dieser Stelle Kautsky im Namen der Programmkommission und wohl auch des ganzen Parteitags unseren Dank aussprechen.

Zunächst lassen Sie mich sagen, in welcher Richtung wir auch nach Verabschiedung dieses Programms die Arbeit für die Ausgestaltung und Vertiefung unserer programmatischen Anschauungen werden fortsetzen müssen. Nach dem Geschehen des letzten Jahrzehnts wird diese Fortarbeit durch zwei Grundtatsachen bestimmt werden. Nach der Revolution war die Arbeiterklasse in allen Ländern, wo sie die Macht ganz oder zu einem wesentlichen Teil inne hatte, vorübergehend vor die Frage der Verwirklichung des Sozialismus gestellt. Diese Situation hat uns neue und fruchtbare Erkenntnisse vermittelt. Wie hat sich nun die Stellung zu diesen Fragen der Verwirklichung des Sozialismus, die man mit einem etwas weiten und nicht ganz festen Begriff als Sozialisierung bezeichnet, gestaltet? Zunächst mußten wir abrücken und sind abgerückt von jener alten Anschauung des Staatssozialismus, die noch bei einem großen Teil von uns eine Rolle gespielt hatte. Es trat für uns die Erkenntnis in den Vordergrund, daß der Prozeß der Sozialisierung nur geleistet werden kann, wenn er zugleich ein Prozeß der wirtschaftlichen Demokratisierung ist. In schärfstem Gegensatz zu der Anschauung, daß etwa eine Staatsbürokratie die Wirtschaft leiten könnte, kamen wir zu der Auffassung, daß die Leitung der Wirtschaft Sache der Produzenten selbst sein müsse, aber das Produzenteninteresse nicht allein als partikularisches Interesse entscheiden dürfe, sondern sein Gegengewicht in der Kontrolle der Konsumenten und der Gemeinschaft — der sozialistischen Gesellschaft im letzten Stadium, des Vertreters des Staates in der Übergangszeit — finden müsse. So kamen wir zu jener Konstruktion der Gemeinschaftskörper, die die großen konzentrierten kapitalistischen Produktionszweige vor allem auf dem Gebiet der Rohstoffgewinnung, der Energieerzeugung usw. zu ersetzen hätten, und von Vertretern der Produzenten, der Konsumenten und des demokratischen Staates geleitet werden sollten.

Mit dem Problem der Sozialisierung drängte sich uns also das Problem der Wirtschaftsdemokratie auf und setzte unsere Auffassung von Sozialismus sofort in schärfstem Gegensatz nicht nur zum Staatssozialismus, der in einzelnen Konzeptionen vorhanden war, sondern auch zu jenem Sozialismus der Despotie, wie ihn die Bolschewiki in Rußland zu verwirklichen trachten. Untrennbar vom Begriff des Sozialismus war für uns also der Begriff der Demokratie, der Freiheit. Damit war aber auch der schärfste Gegensatz gegeben zum Bolschewismus — schon in dem eigentlichsten Kernpunkt der Theorie, in der grundlegenden sozialistischen Auffassung.

Diese Auffassung von der Notwendigkeit der Wirtschaftsdemokratie hat dann unmittelbar zur Folge gehabt, daß wir das System der Wirtschaftsräte, aufsteigend von den Betriebsräten, als eine unerläßliche Bedingung der Neuorganisation der Wirtschaft begriffen haben. Dadurch sind wir sofort mit den Gewerkschaften in dieselbe Linie gekommen, denen die neuen Aufgaben ebenfalls ein neues Ziel gegeben haben. Während die Gewerkschaften in der früheren Periode notwendigerweise vor allen Dingen Organisationen der Anpassung der Arbeitsverhältnisse an das kapitalistische System waren, die durch den Kampf für bessere Lebensbedingungen der Arbeiterschaft, für höhere Löhne und kürzere

Arbeitszeit die Ausbeutung zu verringern trachteten, drängte sich in dieser Situation den Gewerkschaften aus ihrem täglichen gewerkschaftlichen Kampf heraus das sozialistische Ziel der Wirtschaftsdemokratie und der Neuorganisation der Wirtschaft von selbst auf und verband sie mit uns in einem wahrhaft sozialistischen Geist.

Das war unabhängig von einer theoretischen Konzeption der Gewerkschaften, das ergab sich jetzt als notwendige Folgerung aus den Tageskämpfen. Es ist interessant, daß in dieser Periode trotz aller Trennung durch Politik und Weltanschauung, die die christlichen Gewerkschaften abhielt, die notwendige Einheit der Gewerkschaftsbewegung zu verwirklichen, sich auch den christlichen Gewerkschaften dieses sozialistische Ziel aufdrängen mußte. Für uns als Partei ist deshalb heute unser Verhältnis zu den freien Gewerkschaften ganz anders konsolidiert. Wenn es heute die alten Differenzen, die wir früher auf den Parteitag mit den Gewerkschaften auszutragen hatten, nicht mehr gibt, so deswegen, weil der Sozialismus sich der Wirklichkeit genähert hat, und die Gewerkschaften dadurch mit sozialistischem Geist erfüllt sind.

Ich möchte hier eine Angelegenheit erledigen, der ich keine besondere Bedeutung zumesse. Es ist ein Brief des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes an den Parteivorstand gelangt, in dem gegen zwei Sätze des ursprünglichen Programmentwurfs Einspruch erhoben wird. Der Gewerkschaftsbund wünscht einmal, daß im Programm noch deutlicher zum Ausdruck kommt, daß der Kampf der Arbeiterklasse nicht nur ein politischer, sondern auch ein ökonomischer sei — ein Wunsch, dem wir ohne weiteres Rechnung tragen konnten. Der zweite Einwand war der, daß wir im Entwurf gesagt hatten: den Befreiungskampf der Arbeiterklasse, den politischen, gewerkschaftlichen, genossenschaftlichen Kampf zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten und ihm sein notwendiges Ziel zu weisen, das ist die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei. Die Gewerkschaften haben gewünscht, daß sie in diesem Zusammenhange nicht genannt werden; sie befürchteten, daß dadurch insofern Mißverständnisse entstehen könnten, als ob die Partei analog der kommunistischen Internationale eine Art Oberleitung oder Bevormundung der Gewerkschaften in Anspruch nehmen wollte. Es fällt sicher niemandem von uns ein, eine solche Oberleitung in Anspruch zu nehmen, und das wäre auch ganz überflüssig. Um die Erfüllung mit sozialistischem Geist brauchen sich die Organisationen nicht zu streiten, dafür sorgt die ökonomische Situation und die geschichtliche Entwicklung selbst. Infolgedessen haben wir diesem Bedenken der Gewerkschaften Rechnung getragen. Wir sind die letzten, die ihnen taktische Schwierigkeiten schaffen werden. Wir haben es um so eher getan, als die Einsicht in die notwendige Einheit des ökonomischen und politischen Kampfes im grundsätzlichen Teil in jeder Zelle enthalten ist.

Die eine große Frage, die künftiger Programmarbeit vorbehalten ist, ist also die Stellung zu dem Problem der Verwirklichung des Sozialismus, und ich hoffe, daß einer der nächsten Parteitage Zeit und Gelegenheit haben wird, sich ausführlich mit diesem Problem zu beschäftigen. Neben der Tatsache, daß wir unmittelbar vor die Verwirklichung des Sozialismus durch die wirtschaftliche Situation gestellt wurden, steht die andere große politische Tatsache der Erringung der Demokratie, der Beseitigung des Obrigkeitsstaates für ganz Mitteleuropa. Was bedeutet das?

Lassen Sie mich ein Wort sagen, um ein Mißverständnis zu beseitigen, das in der Parteidiskussion eine Rolle spielt. Es wird immer viel von „bürgerlicher“ Demokratie gesprochen. Wenn damit gesagt werden soll, daß die Demokratie heute noch die politische Form einer bürgerlichen Gesellschaft ist, so ist das richtig. Es besagt aber nicht, daß die Demokratie nicht auch die politische Form ist und sein muß einer sozialistischen Gesellschaft. Ich möchte Sie an die glänzenden Ausführungen erinnern, die Rosa Luxemburg in ihrer letzten Zeit in unmittelbarer Polemik mit dem Bolschewismus in einer nachgelassenen Schrift gemacht hat. Sie zeigt dort, daß Verwirklichung des Sozialismus nur möglich ist bei voller, freier Betätigung der Arbeiterklasse in der Gesellschaft, also nur im demokratischen Rahmen. Wenn wir die geschichtliche Entwicklung der Demokratie betrachten, so paßt das Wort bürgerliche Demokratie überhaupt nicht, weil die Demokratie, wenn sie auch schon von Denkern des dritten Standes, in dem damals noch Bourgeoisie und Proletariat vereinigt waren, gedacht war, doch erst vom Proletariat in schärfstem Klassenkampf gegen die Bourgeoisie erobert werden mußte. Die politische Idee der Bourgeoisie hat Lassalle richtig erkannt. Er meinte — historisch betrachtet unbedingt mit Recht —, daß die politische Idee des Bürgertums das Zensuswahlrecht gewesen, daß gerade der Ausschluß der Arbeiterschaft von den politischen Rechten immer wieder Ziel des Bürgertums gewesen sei, und daß die Er kämpfung der gleichen politischen Rechte ausschließlich durch das Proletariat geschehen könnte. Und warum? Weil die Erringung der politischen Demokratie, die Klassengegensätze innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft weiter entfaltet, weil die politische Freiheit, deren sich das Proletariat zu seiner ökonomischen Befreiung bedienen kann und muß, mit der ökonomischen Abhängigkeit fortwährend in schärfstem Widerspruch gelangt. Politische Freiheit, ökonomische Abhängigkeit treiben den inneren Widerspruch, in dem Politik und Ökonomie der bürgerlichen Gesellschaft heute umfassen ist, auf die Spitze. Deswegen ist politische Demokratie tatsächlich eine wichtige Errungenschaft des Proletariats, um in der fortschreitenden Entfaltung und Offenbarung der Klassengegensätze die politische Macht der Arbeiterschaft zur Geltung zu bringen zur Beseitigung der ökonomischen Abhängigkeit. So wird zur politischen Freiheit die ökonomische erobert werden oder, wie der junge Marx es ausgedrückt hat, so wird zur politischen Emanzipation die menschliche hinzukommen.

Demokratie bedeutet aber für uns noch etwas anderes im Gegensatz zum Obrigkeitsstaat. Dieser war die starre Herrschaftsorganisation, die, gestützt auf die Bourgeoisie, das Militär, die Hofgesellschaft, sich dem Volkswillen entgegenstellte. Das war jene politische Organisation, in der alle demokratischen und parlamentarischen Elemente zur Ohnmacht verdammt waren, wenn sie in Widerspruch zu dieser Herrschaftsorganisation gerieten. Die Beseitigung dieser Starrheit bedeutet, daß der politische Wille plastisch, formbar geworden ist, daß es jetzt von der politischen Entscheidung der großen Volksmassen abhängt, wie sich das Schicksal des Staates und damit ihr eigenes gestaltet. Das bedeutet für uns als Partei, daß wir anders als in Erfurt heute zu den konkreten Problemen der Politik, der Wirtschaft, der Finanz- und Handelspolitik Stellung nehmen müssen. Deshalb brauchen wir neben unserm theoretischen Programm ein Aktionsprogramm, das sich den wechselnden Verhältnissen wird anpassen müssen je nach dem Einfluß, den wir erreichen, das

aber zu all den Fragen der Wirtschafts- und Staatspolitik ganz konkret wird Stellung nehmen müssen.

Wir haben versucht, Ihnen ein solches Aktionsprogramm gleichzeitig vorzulegen, obwohl unsere ursprüngliche Aufgabe nur die Schaffung des theoretischen Teils gewesen ist. Wir sind dazu gekommen, weil das Nürnberger Aktionsprogramm für die heutigen Verhältnisse nicht ausreicht. Wir haben auch versucht, in diesem Aktionsprogramm das zusammenzufassen, was gemeinsamer Besitzstand an politischen Forderungen sowohl der früheren Unabhängigen Sozialdemokratie wie der Mehrheitssozialdemokratie gewesen ist. Wir haben hineingearbeitet sowohl das Aktionsprogramm, das sich die Unabhängigen seinerzeit gegeben hatten, als auch die praktischen Forderungen des Görlitzer Programms. Wir sind nicht dabei stehengeblieben, sondern haben gemeint, daß wir für eine Reihe von Gebieten dieses Aktionsprogramm ausweiten können, damit aus seiner Lektüre bereits die Stellungnahme der Sozialdemokratie zu allen wichtigen Problemen hervorgehen könne. Ich meine, daß auch hier Fortschritte erzielt worden sind, wenn ich auch zugebe, daß einzelne Wünsche noch nicht erfüllt sind, daß wir auf den nächsten Parteitag bei Behandlung konkreter Fragen, z. B. der Kolonialpolitik, der Gesundheitspolitik usw., dieses Aktionsprogramm noch werden vervollständigen müssen.

In zwei Punkten namentlich bedeutet dieses Aktionsprogramm einen Fortschritt, einmal in der Formulierung und Systematisierung der sozialpolitischen Forderungen, von denen ich feststellen kann, daß auch die Vertreter der Gewerkschaften Ihnen zustimmen, und zweitens in dem, was wir über die Verfassung und Verwaltung gesagt haben. Wir haben an die Spitze gestellt den Ausbau und die Verteidigung der demokratischen Republik. Wir haben mit besonderem Nachdruck zweierlei festgestellt: einmal, daß für uns dieser Ausbau der Ausbau zum Einheitsstaat sein muß. Ich möchte das um so mehr hervorheben, weil ich wünsche, daß auch in den einzelnen Ländern unsere Genossen von diesem Gedanken, daß wir zur Einheitsrepublik kommen müssen, sich stärker leiten lassen. Wir haben gleichzeitig mit dieser Forderung darauf verwiesen, daß Demokratie unvollständig ist, solange sie nur Demokratie der Gesetzgebung ist, und daß die notwendige Ergänzung sein muß die Demokratie der Verwaltung, also die Selbstverwaltung. Deswegen fordern wir den Einheitsstaat auf Grund einer neu vorzunehmenden Gliederung der Länder und Gemeinden, und wir wollen, daß durch ein Reichsgesetz den Ländern und Gemeinden endlich die Möglichkeit wirklicher Selbstverwaltung zuteil wird.

Ich will über die einzelnen Punkte des Aktionsprogramms nicht sprechen, weil das zu weit führen würde und weil sowohl in der Tätigkeit der Reichstagsfraktion als auch in Diskussionen, die wir künftig haben werden, Gelegenheit zum Ausbau einzelner Abschnitte sein wird. Aber mit der konkreten Stellungnahme zu Einzelfragen sind die Aufgaben, die die Demokratie unserer Partei gestellt hat, noch nicht vollendet. Demokratie bedeutet für uns in noch höherem Grade als vorher den Zwang, auch jene Mittelschichten zu gewinnen, die zur Eroberung der politischen Macht notwendig sind. Hier können wir von der Unterscheidung: einmal hat die ökonomische Entwicklung durch die immer größere Ausweitung des Großbetriebs, durch die innere Umwälzung der Betriebsorganisation innerhalb der Industrie und des Handels jene Schicht von

Arbeitern geschaffen, die man bald geistige Arbeiter, Kopfarbeiter usw. benennt, die notwendige Glieder des Produktionsprozesses geworden sind und wichtige Funktionen der Organisation, Überwachung usw. ausüben. Ebenso wie das Proletariat werden sie durch ihre Zusammenfassung in den Betrieben organisiert, werden ihrer spezifischen Interessen bewußt und gleichzeitig durch die kapitalistische Entwicklung von der Möglichkeit des Aufstiegs in privilegierte Stellungen ausgeschlossen. Diese Schicht der Angestellten aller Art spielt namentlich innerhalb der städtischen Bevölkerung eine immer wichtigere Rolle; ihre Zahl ist noch rascher in den letzten Jahrzehnten kapitalistischer Entwicklung gewachsen als die Zahl des eigentlichen Proletariats. Diese Schichten müssen wir gewinnen. Ich habe infolgedessen stets den Aufstieg der Angestelltenbewegung, der Afa, für eins der bedeutungsvollsten Zeichen der Entwicklung gehalten. Denn wir brauchen diese Schichten nicht nur politisch, sondern auch ökonomisch, weil gerade aus diesen Schichten uns jene Hilfe kommen wird, die wir für die Entwicklung der Wirtschaftsdemokratie nötig haben. Das ist der eine Teil der großen Massen, die für uns in Betracht kommen.

Der andere Teil sind jene Massen der landwirtschaftlichen Kleinbesitzer, die heute innerhalb einer demokratischen Verfassung die eigentliche Stütze der bürgerlichen Herrschaft sind. Hier liegt ein außerordentlich wichtiges Problem vor. Wir müssen konstatieren, daß das, was das Erfurter Programm in seinem grundsätzlichen Teil über die agrarische Entwicklung gesagt hat, in dieser Schärfe nicht zutrifft. Das Erfurter Programm spricht von den versinkenden bäuerlichen Schichten. Wir wissen, daß die Entwicklung der letzten Jahrzehnte ein solches Versinken nicht gesehen hat, sondern im Gegenteil eine Stärkung des bäuerlichen Besitzes. Hier ergibt sich für uns die Aufgabe, in eine neue Prüfung der agrarischen Entwicklungstendenzen einzutreten. Wir werden zu untersuchen haben, wie die Frage der technischen Überlegenheit zwischen Kleinbetrieb und Großbetrieb zu entscheiden ist. Wir werden besonders zu prüfen haben, welche spezifisch ökonomischen Ursachen innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft das Fortleben und die Stärkung bäuerlicher Kleinbetriebe möglich machten. Wir werden aber darüber nicht vergessen dürfen, daß unsere Aufgabe auf dem Lande sich nicht nur darauf beschränkt. Es ist sicher, daß wir auch für eine Kleinbauernpolitik wesentliche Grundlagen gewinnen können. Wir werden aus den Bedürfnissen des bäuerlichen Betriebes selbst eine Reihe von Forderungen ableiten können, die nicht die Parteien des Privateigentums, sondern die nur wir im Interesse der bäuerlichen Wirtschaft werden erheben können. Wir werden aber außerdem die Interessen und die Bedürfnisse der proletarischen Schichten auf dem Lande festzustellen haben. Ich meine, daß wir bereits mit dieser Arbeit angefangen haben. Die Haltung der Reichstagsfraktion, wie sie in dem Antrag Müller-Franken über die Bodenfrage zum Ausdruck kommt, die Haltung unserer Vertreter in den Regierungen und den Landtagen in bezug auf die Siedlungsfrage, auf die Koalitionsfreiheit der Landarbeiter usw. zeigt, daß wir gewillt und imstande sind, die Interessen dieser breiten proletarischen Schichten auf dem Lande mit unmittelbarer praktischer Gesetzesvorschläge zu unterstützen. Das ist eine große und bedeutsame Aufgabe, aber ich hege keinen Zweifel, daß es bereits dem nächsten Parteitag möglich sein wird, ein umfassendes Agrarprogramm, zum mindesten aber Leitsätze für unsere Agitation und Werbearbeit auf dem flachen Lande aufzustellen. Deswegen haben wir in dem

vorliegenden Programm die Punkte, die sich auf das Agrarprogramm beziehen, nicht berührt, und ich bitte, auch heute auf die Aufnahme einzelner Formulierungen zur Agrarfrage nicht zu bestehen.

Es ist also klar, daß die Programmarbeit, die wir heute beginnen, ein Anfang ist und daß sie auf künftigen Parteitagen wird ausgebaut werden müssen. Wenn nun gesagt wird, das Programm drohe ein Buch zu werden, so sage ich darauf: Das ist nichts, was etwas Freiwilliges ist, sondern gerade darin, daß wir zu soviel Problemen Stellung nehmen müssen, zeigt sich, wie wirklichkeitsnahe der Sozialismus geworden, wie stark der Einfluß der Partei auf die wirkliche Gestaltung der konkreten Verhältnisse bereits ist. Dem müssen und können wir nur durch ein Programm Rechnung tragen, das auf alle konkreten Einzelheiten eingeht.

Was bedeutet aber dieses Programm nun in seinem grundsätzlichen Teil? Wenn ich gesagt habe, daß wir über manches hinausgehen müssen, was das Erfurter Programm enthielt, daß wir in der Frage der agrarischen Entwicklung zu neuen Formulierungen werden gelangen müssen, so bleibt demgegenüber die Tatsache bestehen, daß die grundsätzliche Analyse der kapitalistischen Entwicklung nicht nur unerschüttert geblieben ist, sondern durch die Entwicklung der letzten Jahrzehnte ihre Bestätigung erfahren hat. Als Marx zum erstenmal im Kommunistischen Manifest das große Entwicklungsgesetz der kapitalistischen Industrie aufstellte, das Konzentrationsgesetz, als er es im „Kapital“ mit allen Argumenten der Wissenschaft untermauerte, selbst noch als es Kautsky in die Form des Erfurter Programms goß, war das alles Prophezeiung des Künftigen. Heute sprechen wir in der Gegenwart. Heute hat sich dieses Konzentrationsgesetz als das allbeherrschende Gesetz kapitalistischer Wirtschaft bewiesen. Das Konzentrationsgesetz auf der ersten Stufe: Das rasche Fortschreiten des Großbetriebes, der Sieg der technischen und ökonomischen Überlegenheit des Großbetriebs über die Kleinbetriebe, das Zurückdrängen der Kleinbetriebe zur sozialen Bedeutungslosigkeit. Die zweite Stufe: Die Großbetriebe legen immer größere Kapitalmassen in Form des fixen Kapitals fest. Das bedeutet, daß in Zeiten der Krise, in Zeiten heftigen Konkurrenzkampfes alle Großbetriebe in Gefahr geraten, der Konkurrenz untereinander zu erliegen und die ungeheuren fixen Kapitalmassen zu verlieren. Infolgedessen die Tendenz zur Vereinigung der Großbetriebe einer Industrie zu monopolistischer Organisation, die die Konkurrenz auszuschalten sucht. Die Vereinigung beginnt zumeist bei der Rohstoffgewinnung, bei der Halbzeugherstellung, bei der Energieerzeugung. Durch die Monopolisierung der Rohstoffe und Kraftherzeugung gerät die weiterverarbeitende Industrie in eine schwierige Lage in bezug auf die Verwertung des Kapitals und das Bestreben entsteht, die aufeinanderfolgenden Produktionszweige zu vereinigen und dadurch wieder eine neue Ausgleichung der Profitraten zu erzielen. So steigert sich mit der Konzentrationstendenz die Monopolisierungstendenz. Das bedeutet aber schließlich eine grundlegende Veränderung des kapitalistischen Produktionsprozesses überhaupt. War früher die treibende Kraft der kapitalistischen Entwicklung die freie Konkurrenz, so wird diese jetzt immer stärker aufgehoben durch die kapitalistische Monopolbildung: In die Anarchie der kapitalistischen Produktionsweise schieben sich immer erfolgreicher Organisationstendenzen des Kapitals hinein. Aber die Wirtschaft wird nicht zugunsten der Gesamtheit organisiert, sondern es entsteht eine hierarchisch organisierte Wirtschaft. An der Spitze der Hierarchie steht eine kleine

Anzahl von Kapitalisten, die die gesamten Produktionsmittel und ökonomischen Kräfte der Gesellschaft für sich monopolisiert haben und damit das gesamte wirtschaftliche und auch persönliche Schicksal der Riesenmassen von Arbeitern, Angestellten, Beamten und Konsumenten immer stärker bestimmen können.

Damit ist der Konzentrationsprozeß, der die Periode der kapitalistischen Gesellschaft, der freien Konkurrenz und Anarchie zu beenden trachtet, nicht erschöpft. Technisch-organisatorisch begonnen, setzt er sich — auf der dritten Stufe — ökonomisch fort. Mit der Entwicklung der Konzentrationstendenzen vollzieht sich immer mehr der Übergang des Privatbetriebs zur Aktiengesellschaft, vollendet sich der Zusammenhang des industriellen Kapitals mit der Kreditorganisation der Gesellschaft, durch die alles verfügbare Kapital in den Banken angesammelt und von da je nach dem Willen der Beherrscher der Banken in den Produktionsprozeß geleitet wird. Diese Verbindung des kapitalistischen Produktionsprozesses mit der Kreditorganisation führt schließlich dazu, daß die alte Trennung des Kapitals in seine Funktionen: Industriekapital, Handelskapital und Bankkapital, immer mehr aufhört und daß das Kapital die Einheitsform des Finanzkapitals annimmt, d. h. Kapital, das sich in Geldform in den Banken ansammelt und unter ihrer Kontrolle von der Industrie zur Schaffung des Mehrwertes, des Profits angewandt wird. Das Finanzkapital vollendet so die kapitalistischen Konzentrationstendenzen, aus deren Wirken es selbst entsprungen ist, und schafft jene hierarchische, antagonistische Organisation der Wirtschaft in der höchsten Vollendung, die innerhalb der kapitalistischen Klassengesellschaft möglich ist. Ich brauche nur an einen Fall zu erinnern, der schlaglichtartig das bisher erreichte Resultat dieser ganzen Entwicklung, soweit sie uns politisch zu interessieren hat, beleuchtet, nämlich an den Fall Stinnes. Worin besteht die sozialistische Kritik an dem Fall Stinnes? Sie richtet sich nicht gegen die Kombination verschiedener Produktionszweige, noch gegen den Versuch Stinnes, in andere Kapitalsphären, z. B. in die des Bankkapitals, einzudringen, noch an sich gegen die Tatsache, daß, als Stinnes zusammenbrach, die Großbanken sich vereinigen mußten, um auf Verlangen der Reichsbank mit Unterstützung der Preussischen Seehandlung den Zusammenbruch zu verhindern. Unsere sozialistische Kritik bezieht sich darauf, daß Stinnes in unnormalen Zeiten, die aber unnormal im Grunde genommen nur waren als eine Steigerung von Bedingungen, die immer in der kapitalistischen Produktionsweise vorhanden sind, einen großen Teil der deutschen Volkswirtschaft unter seine Botmäßigkeit bringen konnte, und zwar ausschließlich mit Benutzung von Mitteln, die im Grunde genommen der Kontrolle der Verfügung der Öffentlichkeit unterstehen müßten. Stinnes konnte seine Konzerne nur aufbauen mit Hilfe von Riesenkrediten, vor allem auch der Reichsbank, also einer Körperschaft öffentlichen Rechts, deren Leitung der Regierung unterstand. Dieser Aufbau aus öffentlichen Mitteln zeigt, daß in Wirklichkeit die Verfügungsgewalt der Privatkapitalisten in Widerspruch steht zu den bereits eingetretenen ökonomischen Tatsachen, zu der Tatsache, daß diese Leute gar nicht mehr über ihr Privateigentum verfügen, sondern ihre Riesenkonzerne nur aufbauen können, weil sie über öffentliches Eigentum verfügen. Wenn die Banken dann beim Zusammenbruch eingreifen mußten, dann taten sie es wiederum mit Mitteln, die bei ihnen als Depositen usw. zusammenfließen, mit anonymen Geldern, die in Wirklichkeit von der Arbeiterschaft erar-

beitet sind, die einer unendlichen Anzahl von Leuten gehören, die über ihre Verwendung gar kein Bestimmungsrecht mehr haben. Diese angesammelte Masse anonymer Gelder war es, die in Bewegung gesetzt werden mußte, um den Stinneskonzern vor dem völligen Bankerott zu retten; und diese Rettungsaktion für eine mißglückte, ungeheuerliche Spekulation war unvermeidlich, weil ein völliger Bankerott nicht Stinnes und ein paar Banken nur getroffen hätte, sondern die gesamte deutsche Volkswirtschaft. Das Privateigentum erweist sich so überhaupt nicht mehr als privates, sondern Privateigentum ist heute bei diesen großen Monopolisten die Verfügung über das öffentliche Eigentum. Wir verlangen deshalb, daß die Verfügung über dieses öffentliche Eigentum denjenigen zusteht, die dieses Eigentum im Produktionsprozeß geschaffen haben; wir verlangen, daß die Stellen, die es heute verwalten und die in Wirklichkeit öffentliche Funktionen ausüben, auch der Kontrolle der Gesellschaft unterstellt werden. Deshalb muß die demokratisierte, die sozialistische Gesellschaft die Verfügung über dieses öffentliche Eigentum endlich erlangen.

Der Konzentrationsprozeß war vielleicht nie so beschleunigt wie in unserer Periode. Der Krieg war ja für einen Teil der Kapitalistenklasse eine Quelle ungeheurer Bereicherung und zugleich für den gesamten Produktionsprozeß eine starke Förderung der Konzentration. Wir alle wissen, wie die Inflation in den meisten kapitalistischen Ländern einen neuen Anstoß zu neuer Konzentration gegeben hat. Ich will nur davor warnen, zu sagen: die Inflation war die Ursache dieser Konzentration und sie wird zugleich mit der Inflation jetzt zum Stillstand kommen. O nein! Die Konzentration ist das Grundgesetz, das Bewegungsgesetz der kapitalistischen Wirtschaft. Gerade heute nach der Stabilisierung sehen wir, wie dieser Prozeß der technischen Ausgestaltung und der ökonomischen Monopolisierung wiederum gesteigert wird. Gerade jetzt scheint die technische Revolutionierung beschleunigt vor sich zu gehen. Ich erinnere daran, wie beide Seiten des technischen Prozesses, die Verwendung der Kraft und die Verwendung der Arbeit in neuen Revolutionen begriffen sind, wie die Stellung der Kohle erschüttert wird durch die Verbesserung in der Verfeuerung, durch die Erzeugung der Elektrizität aus den Wasserkraften, durch den Übergang zur Ölfeuerung; die alte Stellung der Kohle kann vielleicht nur wiederhergestellt werden durch eine neue technische Revolution, durch die Verflüssigung der Kohle. Bei allen diesen Dingen, die zuletzt in der Technik begründet sind, wirkt die wirtschaftliche Änderung wieder auf die Politik zurück; die Kohlenkrise greift auf die gesamte Volkswirtschaft über, sie hört auf, ein nationales Problem zu sein und könnte im Grunde genommen nur gelöst werden, wenn die Regierungen der kohlenproduzierenden Länder, wenn Deutschland und England unter Hinzuziehung noch anderer Staaten sich zu einer Regulierung und Neugestaltung der Kohlenproduktion vereinigen würden, d. h. wenn diese Regierungen die Privatwirtschaft auch auf diesem Gebiete bewußt verlassen zugunsten einer gesellschaftlichen, in diesem Falle internationalen Regelung der Grundlage aller Produktion.

Zur Umwälzung in der Kräfteerzeugung kommt jene vielleicht noch bedeutsamere Revolutionierung des Arbeitsverfahrens. Die einzelnen Verrichtungen der Handarbeit werden nicht mehr der Empirie überlassen, die alten Verfahren, von der Arbeit des Bauern angefangen bis zur kompliziertesten Arbeit des Mechanikers, werden wissenschaftlich untersucht, physiologisch geprüft und psychologisch auf den Grad ihrer Wirksamkeit

und Intensität erforscht. Die Arbeit wird immer mehr zerlegt. Die Zerlegung der Arbeit führt zu immer weiterer Anwendung neuer Arbeitsmaschinen. Diese ganzen Prozesse werden dann zusammengefaßt in neue Betriebsorganisationen, die auf dem Prinzip der Kontinuität des Prozesses beruhen. Alles das hat wiederum zur Folge, auf der einen Seite eine ungeheuere Steigerung der Produktivkräfte, auf der anderen Seite die Monopolisierung dieser Produktivkräfte in der Hand einer verhältnismäßig kleinen Kapitalistenoligarchie.

Ökonomisch sehen wir, daß auf die Inflationskrise mit ihrer Rückwirkung auf die Konzentration und Monopolisierung jene Stabilisierungskrisen folgen, die wiederum nur beseitigt werden können durch eine noch weitergehende Konzentration, die aber privatwirtschaftlich nur beseitigt werden können durch die Aneignung der Früchte dieser Konzentration, durch die Monopole. Ich erinnere daran, wie gerade jetzt jene meiner Meinung nach notwendigen Übergänge der deutschen Wirtschaft von der Kartellorganisation zur Trustorganisation erfolgen. Die mächtigsten Konzerne des Rheinlandes sehen ein, daß die Stufenleiter ihrer Produktion zu gering und die alte Kartellorganisation ökonomisch unrationell geworden ist. Sie gehen infolgedessen zur Trustorganisation über, zur völligen Verschmelzung der Unternehmungen in ein einziges, innerhalb dessen dann wirklich rationell produziert, wirklich mit geringstem Aufwand an Kraft die größte Produktivität erreicht werden kann, aber wieder zugunsten der kapitalistischen Monopolinhaber.

Lassen Sie mich nur noch kurz zwei Wirkungen betrachten, die aus diesen ganzen Konzentrations- und Monopolisierungsvorgängen hervorgehen. Zunächst die außenpolitische Wirkung. Diese ungeheuere Kraft des monopolisierten Kapitals wendet sich nach außen, um für die stetig steigende Produktion zur Erzielung steigender Profite Absatzmärkte zu finden, um geeignete Gebiete als Rohstoff- und Energiequellen, als Anlagensphären für Kapital sich anzueignen. Das ist, mit einem Schlagwort bezeichnet, die imperialistische Tendenz. Aber wohin führt diese Tendenz? Wir haben im 19. Jahrhundert gesehen, wie das Kapital in bisher unerschlossene Länder eindringt. In diese Länder bringt es nicht nur den Kapitalismus, nicht nur zunächst seine Waren, nicht nur auf der zweiten Stufe die kapitalistische Produktionsweise selbst, sondern mit dieser Produktionsweise entstehen in diesen Ländern die modernen kapitalistischen Klassen, ein modernes Bürgertum, eine moderne Intelligenz, ein modernes Proletariat. Diese Klassen beginnen nun, zunächst unter der Führung der Bourgeoisie und der Intelligenz, sich gegen die Einflüsse des ausländischen Kapitals zur Wehr zu setzen. Sie beginnen gegen die auswärtigen Mächte ihren nationalen Unabhängigkeitskampf, der im 19. Jahrhundert die Gestaltung Europas vollständig umgewälzt hat, der zuerst zur Bildung der großen Nationalstaaten Deutschland und Italien führte und im Osten die Revolution, die Befreiung des Balkans, die Entstehung der neuen Nationalstaaten nach dem Kriege hervorgerufen hat. Dieser ganze Prozeß, den wir sozusagen im kleineren Maßstab in Europa erlebt haben, geht nun wiederum, ungeheuer beschleunigt durch Krieg und Revolution, im weltweiten Maßstabe vor sich am Nordrande Afrikas und in den weiten Gebieten Asiens, in China, Japan, Indien usw. Damit schafft der Kapitalismus eine neue ungeheuere Verwicklung. Da berührt er mit seinem Zauberstabe gewaltige Menschenmassen und weckt sie aus jahrhundertlangem Schlaf. Er erfüllt die bisher geschichtslosen Nationen mit neuem Freiheitssehnen,

mit dem Drang nach Emanzipation. Wir wissen allerdings, daß diese erste Form der Emanzipation sich vollziehen wird unter der Führung und im Interesse des neu entstehenden Bürgertums und der bürgerlichen Intelligenz mit ihrer nationalen Ideologie, vor allem als Kampf gegen die auswärtigen Eindringlinge. Aber wir erkennen zugleich darin einen ungeheueren historischen Fortschritt, den wir zu unterstützen haben. Auf der anderen Seite sehen wir auch eine außerordentliche Gefahr, nämlich die Gefahr der Entstehung neuer politischer Krisenherde, wenn es uns nicht gelingt, durch unseren Einfluß auf die auswärtige Politik, auf die Geschichte Europas zu verhindern, daß diese Bewegung, die ein ungeheurer Fortschritt sein kann, zu einer starken Bedrohung Europas und seiner Menschenmassen wird. Deshalb wird für uns nicht nur die auswärtige Politik immer bedeutsamer, deswegen wird auch unsere Politik, die dem bürgerlichen Nationalitätenprinzip, dem Prinzip der Rivalität der Nationen, dem kapitalistischen Konkurrenzkampf der Nationen die Erkenntnis der notwendigen Solidarität der Nationen entgegengestellt, das Rettungsprinzip für Europa sein. Aus diesem Grunde haben wir in unser Programm zum erstenmal eine neue, bestimmtere Formulierung unserer internationalen Politik aufgenommen, durch die wir zum Ausdruck bringen, daß wir für die aus wirtschaftlichen Ursachen zwingend gewordene Schaffung der europäischen Wirtschaftseinheit, für die Bildung der Vereinigten Staaten von Europa eintreten, um damit zur Interessensolidarität der Völker aller Kontinente zu gelangen. Diese Formulierung unterscheidet unsere Konzeption wiederum grundlegend von allen bürgerlichen Reden über die Vereinigten Staaten Europas. Wir wollen die Vereinigten Staaten Europas nicht als ein Wirtschaftsgebiet, das sich im Konkurrenzkampf gegen die Vereinigten Staaten Amerikas abschließt, wir wollen die Vereinigten Staaten Europas nicht als ein Ausschließungsmittel etwa gegen England oder Rußland, sondern wir wollen die Vereinigten Staaten Europas, damit die großen Probleme der Wirtschaft, die großen Probleme der auswärtigen Politik gelöst werden können. Vielleicht die allerletzte Ursache des Weltkrieges war doch der Umstand, daß die ungeheuer angewachsenen Produktivkräfte, die längst den einzelnen Bourgeoisien über den Kopf gewachsen waren, gegen die überkommenen nationalen Staatsgrenzen, die der wirtschaftlichen Stufe der Entwicklung nicht mehr entsprachen, rebellierten. Wir wollen eine Lösung des europäischen Staatenproblems, weil wir den Prozeß des Erwachens der geschichtslosen Nationen allerdings bis zu einem gewissen Grade zu beeinflussen, zu überwachen und zu lenken haben, damit dieser Prozeß sich nicht wieder in einer katastrophalen, kriegerischen Weise vollziehe, die heute bei der Entwicklung der Kriegstechnik die ganze europäische Zivilisation dem Untergange aussetzen würde. Wir wünschen diesen Prozeß durch eine einsichtige Politik der vereinigten europäischen Staaten zu fördern, die jede Unterdrückung anderer Nationen, jede Unterdrückung der Kolonialvölker unter Zerstörung ihrer Kultur, ihres Rechtes ablehnt. Das ist der große Gesichtspunkt unserer auswärtigen Politik, der unmittelbar aus unserer sozialistischen Überzeugung entspringt.

Bedeutet nach außen die Konzentration und Monopolisierung die Schaffung neuer Krisenherde, so bedeutet sie im Innern für alle europäischen Staaten, für alle großen kapitalistischen Länder eine neue Phase heftigster Kämpfe. Fortgeschrittene bürgerliche Gelehrte, wie Prof. Bonn und Alfred Weber, sprechen heute viel von einer Krise der europäischen Demokratie

oder von einer europäischen Staatskrise. Was liegt denn diesen Betrachtungen in Wirklichkeit zugrunde? Nichts anderes als das Erschrecken über die Tatsache, daß ungeheuer starke, partikularistische Wirtschaftsinteressen, zusammengefaßt in der Hand einiger weniger Beherrscher der Großbanken, der Rohstoffquellen und der Energieerzeugung, die Verfügung über die Staatsmacht fordern. Der Kampf, den Stinnes einst am offensten mit seiner Forderung proklamiert hatte, daß die Staatsmacht den Wirtschaftsbezirken, die er gründen wollte, untergeordnet werden sollte, war das ausgesprochene Symptom dieses Ringens der großen kapitalistischen Monopole. Sie wollen die Staatsmacht haben, ja sie müssen es wollen, weil heute die kapitalistische Wirtschaft, organisiert, wie sie ist, verflochten in den Rechtszustand, den der Staat bestimmt, eingeschlossen in alle staatlichen Maßnahmen auf dem Gebiete der Finanz-, Wirtschafts- und Handelspolitik, notwendigerweise dazu getrieben wird, die Staatsmacht für sich in Anspruch zu nehmen. Das vor allem kennzeichnen wir, wenn wir in unserem Programm sagen, gerade diese Kämpfe um die Staatsmacht bestätigen auf das klarste unsere alte Auffassung, daß die Geschichte aller Gesellschaften, die auf Privateigentum gegründet sind, eine Geschichte von Klassenkämpfen ist. Diese werden — das sage ich ganz offen — gar nicht mit vollem Bewußtsein von den proletarischen Schichten, gar nicht in voller Erkenntnis ihrer Klassenlage von den Massen der Ausgebeuteten geführt, sondern sie werden in allererster Linie geführt von jenen großen Partikularisten der Wirtschaft um die Staatsmacht. Es ist ganz klar, daß der Kampf um die Staatsmacht, der von den Beherrschern der Wirtschaft aufgenommen worden ist, die Klassenkämpfe immer offener macht — das ist der große Fortschritt —, und daß sie auch den indifferenteren Arbeiter darauf aufmerksam machen, was für eine Bedeutung der Eroberung der politischen Macht, der Verfügung über die Staatsmacht beigelegt werden muß, von der heute das wirtschaftliche Geschick jedes einzelnen Staatsbürgers bis zur Höhe des Wochenlohns und bis zur Länge der Arbeitszeit und bis auf die Preisse der Lebensmittel abhängt. Deshalb sagen wir in unserem Programm, daß gerade durch die Entwicklung des Konzentrationsgesetzes, gerade durch diese Entfaltung der innersten kapitalistischen Tendenzen wir in der kapitalistischen Gesellschaft nunmehr zu einem Höhepunkt gelangt sind, wo die Klassengegensätze sich immer mehr vertiefen, wo sie immer schärfer in die Erscheinung treten, wo die Gesellschaft immer mehr vor die Entscheidung gestellt wird: entweder Fortdauer der Wirtschaftsmacht einiger Privilegierter oder Unterwerfung der Wirtschaftsmacht unter die Verwaltung, die Kontrolle, die Verfügung der Gesamtheit! Daß die Klassenkämpfe immer erbitterter werden, liegt also in der Natur der kapitalistischen Gesellschaft, liegt überhaupt in der Natur einer klassenmäßigen Gesellschaftsentwicklung, in der große Gegensätze vorhanden sind, weil ja mit dem Fortschreiten dieser Gesellschaft diese Gegensätze sich immer mehr und mehr vertiefen und schließlich zum Austrag gelangen müssen; denn nur so wird eine Neuorganisation, ein neues Werden des gesellschaftlichen und geschichtlichen Seins möglich. Deswegen sprechen wir im Programm von der Verschärfung der Klassengegensätze.

Zwei Dinge müssen hier Mißverständnissen gegenüber noch gesagt werden. Verschärfung, stellige Vertiefung der Klassengegensätze bedeutet selbstverständlich nicht, daß die Klassengegensätze sozusagen in immer knüppelhafterer Form ausgetragen werden müssen. Die Demokratie ist

eine politische Form, die einerseits den Klassengegensätzen Raum zur vollen Entfaltung gibt, die auf der anderen Seite aber erlaubt, die Klassengegensätze auch in ihren Formen und nach ihren Methoden auszutragen. Deswegen bedeutet „Verschärfung der Klassengegensätze“ durchaus nicht, daß der Klassenkampf immer gewaltsamer oder gewalttätiger werden müßte. Das ist durchaus nicht notwendig. Aber gegenüber jenen faschistischen Vorstellungen, gegenüber den Einbildungen der Reaktionäre, daß die Demokratie bei irgendwelchen Angriffen ihrerseits etwa stillhalten müßte, sagen wir ganz ruhig: wir übernehmen für die Geschichte keine Garantie, und wenn die anderen die Demokratie aufgeben, werden wir sie mit allen zweckdienlichen Mitteln verteidigen, mit allen Mitteln, die geeignet sind, die Faschisten, die Reaktionäre, die Bekämpfer der Demokratie, die Feinde der Republik um jeden Preis niederzuschlagen.

Lassen Sie mich zum Schluß kommen. Groß und gewaltig sind die Probleme, die uns die Zeit stellt, und wir sind diesen Problemen nähergekommen in dem Auf und Ab der Flut des historischen Geschehens. Bald hat uns die Welle gehoben, bald schien sie uns senken zu wollen. Aber ich glaube, die Zeit, in der manche von uns sich entmutigen lassen wollten, ist vorüber. Was war es denn für ein Gefühl, das manche beschlichen haben mag? Wenn wir eine Gipfelwanderung vorhaben und nun den Marsch beginnen, sehen wir die Spitze vor uns, scheinbar zum Greifen nahe, scheinbar mühelos zu erobern. Dann beginnt der Marsch durch das Vorgelände. Bald schwindet uns die Aussicht. Wir marschieren. Unser Weg dauert viel länger, als wir gedacht haben. Plötzlich treten wir aus dem Wald heraus, das Vorgelände ist überwunden. Aber vor uns erhebt sich das steile Bergmassiv, steinig und unwegsam auf den ersten Blick. Da wollen wir einen Moment lang verzagen. Doch dann sagen wir uns: wir sind näher gekommen, wir haben die Vorbereitungszeit hinter uns, jetzt geht es zum Aufstieg, und wir müssen hinauf. Das ist die Stimmung in der heute die wiedererstarke deutsche Sozialdemokratie, die wiedererstarke Internationale dem letzten Ziel des Sozialismus zustrebt. Wir müssen hinauf, wir werden hinauf, und unser Programm ist ein guter Wegweiser.

Vorsitzender Wels: Inzwischen sind zwei Anträge eingelaufen. Der erste Antrag lautet:

Der Parteitag beschließt, den Satz des Görlitzer Programms „Religion ist Privatsache aus innerer Überzeugung, nicht Parteisache, nicht Staatssache“ in das vorliegende Programm aufzunehmen.

Der zweite Antrag ist ein Antrag Levi und Genossen und hat folgenden Wortlaut:

In dem Abschnitt „Internationale Politik“ ist in Abs. 2 folgender Zusatz hinzuzufügen:

Sie wird drohende Kriege mit allen parlamentarischen und außerparlamentarischen Mitteln zu verhindern suchen. Sollte ein Krieg demungeachtet doch ausbrechen, so wird sie ohne Rücksicht auf die sogenannte militärische Lage durch unmittelbaren Appell an die Volksmassen, durch parlamentarische Opposition, durch Generalstreik oder andere Mittel auf die sofortige Beendigung hinarbeiten.

Wir treten jetzt in die Diskussion ein.

Diskussion über den Programmentwurf und Hilferdings Rede

Scheidemann-Kassel: An dem Programmentwurf der Programmkommission ist in der Presse eine Kritik geübt worden, die ich zu einem erheblichen Teile für berechtigt halte. Die uns jetzt zugegangene Vorlage versucht, den erhobenen Bedenken Rechnung zu tragen und stellt gegenüber dem ersten Entwurf zweifellos eine Verbesserung dar. Sicherlich wird mancher ebenso wie ich wünschen, daß man noch mehr verbessert hätte. Vielleicht hätte die untrennbare Verbundenheit des demokratischen mit dem sozialistischen Gedanken und die positive Einstellung der Partei dem Staat gegenüber noch klarer zum Ausdruck gebracht werden können. Vielleicht wäre es auch möglich gewesen, vorbehaltlich näherer Ausführungen in dem angekündigten Agrarprogramm schon jetzt auf die große Bedeutung der Landwirtschaft und auf die Zugehörigkeit der schwerschaffenden, kleinbäuerlichen Bevölkerung zur Arbeiterklasse, wie wir als Sozialisten sie verstehen, hinzuweisen. Wenn in der Vorlage von der Verschärfung des Klassenkampfes die Rede ist, so halte ich diesen Gedanken für richtig in dem Sinne, daß auf der einen Seite eine immer größere Anhäufung der ökonomischen Machtmittel, auf der anderen Seite eine ständige Vermehrung der Massen stattfindet, die ihrer Klassenlage nach am Kampfe gegen den Kapitalismus interessiert sind. Diese Verschärfung schließt natürlich nicht aus, daß der Kampf in zivilisierten Formen geführt wird, die im Interesse der kämpfenden Arbeiterklasse selbst liegen. Die Einrichtungen einer demokratischen Verfassung bieten ja auch die Möglichkeit, in den notwendigen Klassenkämpfen gewaltlose Entscheidungen zugunsten des arbeitenden Volkes herbeizuführen.

Ich führe das nicht als Polemik gegen den Programmentwurf an, der natürlich auch nichts anderes meint, sondern nur zur Verdeutlichung seiner offenbaren Absicht. Ich glaube den Referenten völlig richtig verstanden zu haben. Darum, und um die Einigkeit und Geschlossenheit der Partei nach außen zu dokumentieren, werde ich für den Programmentwurf stimmen und bitte alle, die gleichen Sinnes sind, das gleiche zu tun.

Biedermann-Hamburg: Wir sind uns bei der Stellung unserer Anträge klar gewesen, daß es gegenüber dem neuen Entwurf, von dessen Verbesserung schon Scheidemann gesprochen hat und gegenüber der Begründung schwer sein wird, noch im letzten Augenblick Änderungen anzubringen. Trotzdem haben wir die kleinen Abänderungsanträge für notwendig gehalten, um den immer wieder erhobenen Vorwurf zu entkräften, die Sozialdemokratie kümmere sich so gut wie gar nicht um das Bankkapital. Wer sich mit den Völkischen herumschlagen mußte, weiß, wie einsichtsvoll ihre Agitation dadurch geworden ist, daß sie bei ihrer Gesellschafts- und Wirtschaftskritik von den Geldinstituten ausgegangen sind. Wenn im grundsätzlichen Teil daran nicht vorbeigegangen wird, muß man auch im Aktionsprogramm, wo zu den Einzelheiten Stellung genommen wird, darauf eingehen. Durch die Einfügung einiger weniger Worte von

fast nur redaktioneller Bedeutung wird der außerordentliche Wert der Gesamtarbeit der Programmkommission nicht wesentlich geändert.

Wir Hamburger hätten darüber hinaus gewünscht, daß die Auseinandersetzung über die Fortbildung des Rätessystems sich schärfer dem Gedanken angenähert hätte, der auf dem Gewerkschaftskongreß in Breslau deutlich ausgesprochen worden ist. Wir werden uns bei der praktischen Gestaltung doch darüber klarwerden müssen und den alten Streit, ob Arbeiterkammern oder Arbeitskammern durch eine programmatische Formulierung zur Entscheidung bringen. Jetzt läßt der Entwurf die Form vollkommen offen. Um unter keinen Umständen zu irgendwelchen Gegensätzen zu den Gewerkschaften zu kommen, hätten wir die Entscheidung des Parteitags für Arbeitskammern begrüßt.

Gleichfalls wäre eine Stellungnahme zu dem, was wir unter Gesundheitspolitik beantragt hatten, wünschenswert gewesen. Wir hoffen auf eine recht baldige Erweiterung des Programms in dieser Richtung und darauf, daß Parteivorstand und Reichstagsfraktion, weil das Programm zu den in dem Antrag niedergelegten Gedanken schweigt, von sich aus jede Gelegenheit wahrnehmen, um in dieser Richtung weiterzukommen, da man schließlich um eine planmäßige Bevölkerungspolitik nicht herumkommen kann.

In dem Abschnitt internationale Politik hätten wir einen Zusatz gewünscht, der nicht nur negativ die Abrüstung fordert, sondern positiv Stellung nimmt. Da außer von Hamburg noch von zwei Orten Anträge vorliegen, bin ich der festen Überzeugung, daß wir auf die Dauer um eine Stellung zum Wehrgedanken nicht herumkommen. Die letzten Jahre haben bewiesen, daß diese Ideenwelt im Deutschen viel stärker steckt, als es vorher auch nur geahnt wurde, und daß gerade unsere Gegner in der internationalen Politik hier sehr leichte Angriffsflächen gegen uns entdeckt und zweifellos zu unserem Nachteil ausgenutzt haben.

Alle Kritik aber fällt gegenüber dem Gesamteindruck des Entwurfs nicht zu sehr ins Gewicht. Gleichwohl bitten wir um Annahme der kleinen Änderungen, um die notwendige Ausdehnung praktisch auszudrücken. Da wir insgesamt doch zu wesentlich ruhigeren Verhältnissen gekommen sind, hoffe ich, daß wieder jene alte Überlegenheit in der Vorkriegszeit gegenüber den bürgerlichen Parteien in unsere Mitglieder einzieht: die genaue Kenntnis des Erfurter Programms, die in Praxis und Theorie der Werbung unter den Fernstehenden uns das Übergewicht gegeben hat. So hoffe ich, daß auch das Heidelberger Programm Gemeingut all unserer Genossen und Genossinnen in Stadt und Land wieder werden möge und damit wieder jener Weg beschritten wird, der zum Aufstieg der Arbeiterklasse und zum Sieg des Sozialismus führt.

Levi-Berlin: Das Beste von dem Referat und auch das absolut Veröhnliche ist, daß Hilferding selbst den Programmentwurf und seine Annahme nicht als Schlußpunkt, sondern als Anfang unserer Arbeit bezeichnet hat. Damit wird auch der wesentliche Fehler korrigiert, der diesem Programm anhängt und ihn vom Erfurter Programm unterscheidet, das in jahrelanger Vorarbeit von viel engeren und vielleicht auch interessierteren Kreisen von Mitgliedern, wie ich zugebe, Satz für Satz von der Mitgliedschaft erarbeitet worden ist. Dieser Programmentwurf kam so rasch, daß zwischen seiner Veröffentlichung und Beratung die eine Million

zählende Mitgliedschaft ihn unmöglich praktisch verarbeiten, theoretisch durchdenken und zum Gegenstand ihres eigenen Nachdenkens machen konnte. Beginnt diese Arbeit heute, so wird der Entwurf in Zukunft seine Früchte tragen. Heute aber müssen wir uns mit dem Programm, wie es ist, auseinandersetzen.

Dieser Entwurf ist nichts anderes als eine „zeitgemäße“ Verarbeitung des Erfurter Programms und kann nur durch eine Vergleichung mit dem Erfurter Programm in seiner Bedeutung richtig gewürdigt werden. Ich kann mich in der knappen Zeit mit dem Referat nicht weiter auseinandersetzen, sondern muß mich auf die Feststellung der Punkte beschränken, in denen der Entwurf zu seinem Nachteil von dem Erfurter Programm abweicht.

Erstens ist der Satz des Erfurter Programms von der fortdauernden Zuspitzung der Gegensätze und der immer größeren Unverträglichkeit der kapitalistischen Wirtschaft mit den Interessen der breiten Volksmassen völlig gestrichen. In der zweiten Beratung ist ein kurzes Amendement eingefügt worden. Dieser Satz ist im wesentlichen das Kernstück der jahrelangen Diskussion in der Sozialdemokratischen Partei zwischen den sogenannten Revisionisten und Radikalen gewesen. Ich stelle mit Bedauern fest, daß dieser Stein des Anstoßes der Revisionisten von damals heute gestrichen ist.

Zweitens ist unsere Stellung zum Staat, wie Genosse Scheidemann schon vor mir bedauert, nicht genügend klar ausgedrückt. Dieses Bedauern von Scheidemann war von seinem Standpunkt aus nicht gerechtfertigt. Ich möchte nicht unterlassen zu sagen, daß unsere dem bürgerlichen Staat feindliche Stellung zum Ausdruck gebracht werden mußte. Hilferding hat gesagt: heute, in der bürgerlichen Demokratie sei insofern die gewaltige Änderung gegenüber dem sogenannten Obrigkeitsstaat, daß damals die parlamentarischen Kräfte versagten, wenn sie mit außerparlamentarischen Kräften in Widerspruch gerieten. Wenn wir den scharfen Gegensatz der Sozialisten zur bürgerlichen Republik so betonen, so ist das, wie ich vorausschicke, keine Absage an die Demokratie; im Gegenteil, wir glauben, eine wahre Demokratie ist nur in einem anderen Staat zu verwirklichen, als in dem, der vom Bürgertum beherrscht wird. Wir haben auf diesem von Hilferding berührten Gebiet schon unsere praktischen Erfahrungen. Ich erwähne die schwerste Situation in diesen Jahren für uns, die Frage der Ermächtigungsgesetze. Was war es anderes, als daß in einer besonders schwierigen Situation die Kräfte des Parlamentarismus hinter gewisse außerparlamentarische Kräfte zurücktraten, genau wie in der alten Monarchie. Also, die Grundzüge des Klassenstaates sind auch in der Republik geblieben.

Drittens: Die Entwicklung der Internationale, die kein Besseres als Hilferding schildern könnte, muß uns mit Notwendigkeit zu einer schärferen Konkretisierung unserer internationalen Beziehungen führen. Die Stärkung der imperialistischen Kraft auf Seiten der Bourgeoisie legt es dem Proletariat auf, nachzuprüfen, ob seine internationalen Verbindungen von ihm nicht nur eine Betonung der Internationalität erfordern, und zu bedenken, ob nicht die Zeit auch für internationale Aktionen gekommen sei, die Marx schon als die erste Bedingung der Befreiung aufgezeigt hat.

Viertens befand sich in dem Erfurter Programm ein Satz über die Koalition, indem dort gesagt war: die Befreiung kann nur das Werk der

Arbeiterklasse sein, weil alle anderen Klassen trotz der Interessenstreitigkeiten unter sich auf dem Boden des Privateigentums an Produktionsmitteln stehen und die Erhaltung der Grundlage der heutigen Gesellschaft zum gemeinsamen Ziel haben. Aus diesem Satz haben sich für die Sozialdemokratie vor dem Krieg gewisse praktische und damals kaum angefochtene Folgerungen im Hinblick auf ihr Verhalten zu bürgerlichen Parteien ergeben. Der Satz ist jetzt gestrichen. Ich brauche das nur zu konstatieren; denn jeder weiß, was das zu bedeuten hat.

Der Schlußsatz des allgemeinen Teils heißt: In ständigem Ringen und Wirken auf politischem und wirtschaftlichem, sozialem und kulturellem Gebiet strebt die Sozialdemokratie ihrem Endziel zu. In diesem Satz ist alles zusammengefaßt und abgegrenzt, was vor dem Krieg in unseren Reihen unter dem Begriff Evolution oder Revolution streitig war. Keiner wird nun im Zweifel sein, wie sich das Programm die künftige Gestaltung denkt. Ich sehe in diesem Satz eine gewisse Undankbarkeit auch gegenüber der Entwicklung, an die hier so oft appelliert wurde. Wie oft wurde hier gesagt: die Republik, wie sie jetzt ist, ist trotz allem das Werk der Arbeiterschaft von 1918 gewesen! Die Fehler, die Schwächen und Mängel der Bewegung von 1918 hundertfach zugegeben, es war doch die erste große revolutionäre Bewegung der deutschen Arbeiterschaft. Deshalb stimmt dieses Bekenntnis zur Evolution nicht zu unserer nächsten Vergangenheit. Es wird auch nicht für unsere nächste Zukunft stimmen. Ich kann die Gründe meiner Betrachtungsweise in dieser knappen Zeit nicht im einzelnen dartun, aber ich erinnere an die visionären Sätze, die Marx im Jahre 1850 nach der damaligen Revolution schrieb: Das jetzige Geschlecht gleicht den Juden, die Moses durch die Wüste führt; es hat nicht nur eine neue Welt zu erobern, es muß untergehen, um den Menschen Platz zu machen, die einer neuen Welt gewachsen sind. Die Vision von damals war richtig, ich aber sage: es wird kein neues Geschlecht mehr aufwachsen, ehe die nächste große Welle der Arbeiterbewegung kommt; die ganze schwere Aufgabe wird noch auf dieser Generation lasten, und für diese größte Aufgabe der Arbeiterbewegung gibt dieses Programm den rechten Wegweiser nicht.

Mit dieser Maßgabe werden wir vieles, was uns in diesem Entwurf Gold scheint, durch die Entwicklung als Flitter erwiesen sehen. Deshalb glaube ich, daß es Pflicht sei, nicht um die Aktionen, die im wesentlichen unstreitig sind, zu stören, sondern dieser ferneren Zukunft willen gegen dieses Programm Zeugnis abzulegen, indem wir dagegen stimmen.

Vorsitzender Wels: Es sind noch folgende Anträge eingegangen:

Antrag Marum und Genossen:

Im Aktionsprogramm „Justiz“ ist der letzte Satz, lautend „Öffentliche Beratung der Gerichte bei der Urteilsfindung“ zu streichen.

Antrag Klupsch und Genossen:

Der Parteitag beschließt, den Programmentwurf so zu gestalten, daß unter Artikel „Kultur- und Schulpolitik“ es im Abs. 3 Satz 3 nicht heißt „für kirchliche und religiöse Zwecke“, sondern „für kirchliche und konfessionelle Zwecke“.

Grötzsch-Dresden: Dem Genossen Levi gebe ich insofern recht, als man sich ein besseres Programm denken könnte als das vorliegende. Die Kritik zum Programm setzte sehr schwer ein, wurde dann lebendiger, so

daß man das Gefühl hatte, aus dieser Kritik würde ein Entwurf der Kritik hervorgehen, denn wir Delegierten können uns nur über das entscheiden, was vorgelegt wird, nicht nach dem, wie es sein könnte. Die Genossen, die den Entwurf nicht für eine geeignete Diskussionsgrundlage hielten, hätten mit einem eigenen Entwurf hervortreten müssen, den man sich mehr aus einem Guß geschaffen denken könnte als den vorliegenden Entwurf, der alle Merkmale der Kompromißarbeit trägt.

Der Entwurf ist von einer Gewissenhaftigkeit in der Analyse der kapitalistischen Gesellschaft, daß es hier und da an Pedanterie grenzt. Das Beste an einem Programm soll seine Werbekraft auch auf die einfachen Gemüter sein. Wir haben niemals ein solches Programm gehabt, denn auch die einfachen Gemüter sind schwerlich von dem theoretischen Teil des Erfurter Programms gewonnen worden. Also auch das Kunststück, den wissenschaftlichen Sozialismus in eine programmatische Form zu bringen, die wie ein Fanal wirkt, hätten wir uns gern von einem der Kritiker vormachen lassen.

Der Entwurf vermeidet alle Prophetie. Man merkt ihm an, daß wir nicht mehr in der nur agitatorischen Periode des Sozialismus, sondern in einer Periode stehen, wo die realen Aufgaben sehr hart an uns heran-treten. Insofern ist dieser Entwurf von einer Vorsicht, die man gern vermieden hätte. Wir können ihn nur so annehmen oder ablehnen wie er ist. Wir glauben, daß nach einem Jahr uns ein besserer Entwurf vorliegen könnte. Ich möchte gerade meinen Freunden von der Linken sagen, daß in der gegenwärtigen Situation wahrscheinlich schon das markanteste Programm herauskommen kann. Wir wissen nicht, wie die Dinge in einem Jahre liegen. Mir erscheint nur eins sicher: daß dieser Programmentwurf nicht Hinzufügungen verträgt, denn dann würden wir den Eindruck, daß es ein Königsberger Klops ist, in dem alles drin ist, nur vermehren. Eher verträge er einige Streichungen, z. B. des letzten Satzes. Der Entwurf schließt:

Den Befreiungskampf der Arbeiterklasse zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten und ihm sein notwendiges Ziel zu weisen. ist die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei.

Mit diesem Satz wäre der markanteste Schluß erreicht, den der Entwurf haben kann. Aber der Entwurf fährt fort:

In ständigem Ringen und Wirken auf politischem, wirtschaftlichem, sozialem und kulturellem Gebiet strebt sie zu diesem Endziel.

Dieser letzte Satz ist eine Trivialität, weil er eine Selbstverständlichkeit ist. Außerdem ist er als Interpretation unseres realen Tageskampfes unzureichend. Darum sollte man ihn streichen.

Für die Genossen, die in dem Entwurf eine Stellungnahme zu den Wirtschaftsproblemen vermissen, kann es ein Trost sein, daß uns ein besonderes Sozialisierungs- und Agrarprogramm versprochen ist. Wir wollen hoffen, daß die Kommission, die Vorbereitungen dazu zu treffen hat, recht bald zusammentritt. Denn in diesem Punkt sind wir am verlässlichsten in der Partei. Die Sozialdemokratie hat zu diesem Problem der Sozialisierung überhaupt keinen Standpunkt, der von den Agitatoren draußen in einer gültigen Weise entwickelt werden könnte, weil wir bis heute vermieden haben, eine Klärung in diesen Fragen herbeizuführen. Die österreichischen Genossen haben sich damit auch praktisch beschäftigt.

Genosse Levi sagt z. B.: Das Bekenntnis zur Evolution, das im letzten Satz enthalten ist, stimmt nicht. Viele unter uns wissen überhaupt nicht mehr, was sie sich unter der evolutionären Entwicklung zu denken haben. Wir stehen heute mitten in einer Wirtschaftssituation, die ihre programmatische Klärung möglichst bald finden muß. Bei uns ringen heute die verschiedenen Sozialisierungsmöglichkeiten um Geltung. Wir haben Angst bekommen vor dem, was ich den realen Utopismus nennen möchte, ohne den keine Partei auskommt, die den Weg in die Zukunft weisen will, darum möchten wir nicht vom Parteitag fortgehen, ohne bei dieser Diskussion den Appell zu erlassen, daß eine Wirtschaftssozialisierungskommission uns endlich einmal sagt, wie die Gesamtpartei sich die evolutionäre Entwicklung im Wirtschaftssozialismus denkt.

Hackelberg-Altona: Mit dem grundsätzlichen Teil des Programmentwurfs kann wohl jeder, der die Geschichte unseres Programmwesens verfolgt hat, einverstanden sein. Alle strittigen Punkte des Erfurter Programms sind in geschickter und grundsätzlicher Weise so formuliert, daß die Formulierung mit der theoretischen Erkenntnis der Dinge übereinstimmt. Ich habe hauptsächlich das Wort genommen, um darauf hinzuweisen, daß es in taktischer wie in prinzipieller Beziehung ein Fehler ist, eine Forderung nicht aufzustellen, die seit Jahren in allen Programmen zu finden war. In allen Programmen ist die Forderung aufgestellt, die Religion als Privatsache zu erklären. Im Görlitzer Programm hat diese Erklärung noch eine geschicktere Prägung dadurch erfahren, daß es hieß: Religion ist Privatsache, Sache innerer Überzeugung, nicht Parteisache, nicht Staatssache. Was ist denn nun in den letzten Jahren geschehen, daß man diesen so selbstverständlichen Satz in den Entwurf nicht aufnimmt? Das erschwert uns die Agitation außerordentlich. Wir Parteisekretäre, die wir die Agitation in den kleinen Orten zu betreiben haben, wissen, welche Dienste uns die bisherige Fassung des Programms leistete. Wir haben in Gegenden zu wirken, wo nicht nur der katholische Geistliche die Obermacht hat, sondern auch in evangelischen Gegenden, wo wir uns gegen die Demagogie der Deutschnationalen und Völkischen wehren müssen. Da war es für uns gut, wenn wir auf unser Programm hinweisen konnten, wo unsere Meinung klar ausgesprochen war. Das fällt in dem vorliegenden Entwurf weg.

Unsere Partei muß einen solchen Programmpunkt haben. Auch der demokratischste Staat wird immer ein Zwangsinstitut sein. Aber es gibt ein Gebiet, wo das Individuum zu seinem Recht kommen muß. Das ist das Gebiet der Denk- und Glaubensfreiheit, der religiösen Überzeugung. Wir machen einen Fehler, wenn wir das nicht in unserem Programm zum Ausdruck bringen. Ich bitte daher, unserem Antrage zuzustimmen und die Fassung des Görlitzer Programms auch in unseren jetzigen Entwurf hineinzubringen.

Nötting-Frankfurt a. M.: Wir fühlen wohl alle, wie heute die Geschichte durch diesen Saal schreitet. Ich hätte es gern, wenn wir das auch äußerlich durch unser Verhalten stärker zum Ausdruck brächten. Es ist verständlich, daß wir mit einer gewissen Bangigkeit den Schritt tun, den wir gehen müssen, denn es ist ein Schritt in Ungewißheit und Dunkelheit hinein. So ist es selbstverständlich, daß eine gewisse Wehmut zurückbleibt, wenn wir das überdenken, wovon wir hiermit Abschied nehmen müssen. Die Umrisse des Neuen, das am Horizont aufsteigt, erkenne ich

vor allem darin, daß stärker die willensmäßigen und aktivistischen, ich könnte auch sagen, die politischen Tendenzen in unser neues Programm hineindrängen. Die soziologische Analyse eines Marx, ewig groß und unvergessen, wird heute in ein politisches Aktionsprogramm übersetzt. Nicht so, daß wir damit von dem Abschied nehmen, was wir bisher glaubten, daß wir in das rationale, ungeschichtliche Denken des 18. Jahrhunderts zurückfallen, in jenen Wunderglauben, daß der freie Wille zu allen Zeiten und überall souverän die Möglichkeit seiner Verwirklichung fände. Es bleiben die Gegebenheiten politisch-ökonomischer Struktur maßgebend. Auch auf Grund dieses neuen Programms werden wir nicht predigen, sondern Politik treiben. Unser Weg zum Sozialismus ist nicht in erster Linie pädagogisch-ethischer, sondern politischer Art. Diese politisch-ökonomischen Gegebenheiten aber stecken immer nur den Rahmen des Möglichen, nicht aber den Rahmen des Notwendig-Zwangsläufigen ab. Die naturalistische Zwangsläufigkeit des Geschehens, die vielfach wie ein Alp auf uns gelastet hat, die fällt nunmehr ab. Nicht eine zwangsläufige automatische Entwicklung arbeitet für uns, unser an den politisch-ökonomischen Gegebenheiten geschultes Wollen, unser politischer Instinkt, unser Haß, unsere Sehnsucht und unsere Opferbereitschaft, das sind die Entwicklungsfaktoren. Wir wissen zu schätzen, wovon wir Abschied nehmen. Das alte Programm hat geleistet, daß die Sozialisten, die damals in Verschwörerklubs und versprengten Konventikeln in allen Ländern saßen, sich zu einer großen Einheitsorganisation zusammenfanden. Es hat den Schichten, die ein Heute nicht hatten, das große Morgen gegeben. Es hat dem Elends- und Abfallhaufen der kapitalistischen Gesellschaft, der sich damals Proletariat nannte, das frohe Evangelium verkündet: Ihr werdet Eckstein sein einer kommenden Ordnung. Es hat uns den Traum gegeben. Wenn die Bürgerlichen von Verhetzung reden, dann sage ich: Wehe, wenn wir damals nicht geträumt hätten, wenn damals nicht der prophetische Funken eingeschlagen wäre bei uns! Dann wäre die lichte Kultur hinweggeschwemmt worden von einer Stallrevolte. Wir alle wissen: wir treten ein großes Erbe an. Wir hoffen, daß der politische Wille, den wir bilden mit diesem neuen Programm, so stark sein wird, wie die Sehnsucht von damals. Denn es wird Stärke notwendig sein, wenn wir das nüchterne Tageslicht aushalten wollen, wenn uns nicht die Sehnsucht überkommen soll, in die Dunkelheit zurückzukriechen, wo wir bisher ohnmächtig träumten. Das möchte ich jenen sagen, die heute darum bangen, ob wir auch noch revolutionär genug sein werden unter den neuen Formeln. Überlassen wir es den Kommunisten, in unseren ausgetretenen Kinderschuhen einherzulaufen! Heute ist der nüchterne Arbeitskittel, in dem wir ans praktische Werk gehen, revolutionärer als die rote Rebellentoga, die wir einstmals getragen haben. Mit diesem nüchternen Wirklichkeitsblick sehen wir das heutige Geschehen an. Mit ihm fassen wir zunächst den Staat ins Auge. Es gefällt mir nicht, wenn ohne Einschränkung gesagt wird: wir nehmen eine andere Stellung zum Staat ein. Das ist unklar. Dem alten Staat standen wir doppelt feindlich gegenüber. Er war formal Obrigkeitsstaat, und wir haßten ihn darum. Und er war materiell kapitalistischer Ausbeuterstaat, und das war der zweite Grund unseres Hasses. Heute hassen wir nicht mehr seine Form. Dagegen ist hassenswert geblieben sein kapitalistisch-plutokratischer Inhalt, der sich ständig weiter befestigt. Deshalb geht es nicht mit der frommen Parole Brögers, daß der ärmste Sohn des Staates auch immer sein ge-

treuester sei. Auch unsere Opferbereitschaft hat ein Ende. Die Form ist uns nur der erfolgreichere Kampfboden, auf dem wir zu neuem Angriff anspringen.

Mit dem gleichen Wirklichkeitsblick sehen wir die Sozialisierung. Die große Wunderformel: Expropriation der Expropriateure! genügt heute nicht mehr. Ich sprach einmal als junger Student in Berlin über die Sozialisierung, und ein schnoddriger Fabrikantensohn stand auf und sagte: Nun gut, ich will meinen Betrieb sozialisieren lassen; können Sie mir Straße und Telephonnummer Ihrer „Gesellschaft“ angeben? Ich mußte schweigen, aber ich hoffe, daß es mir in meinem Mannesalter noch einmal möglich sein wird, die Antwort darauf geben zu können, die ich in meiner Jünglingszeit schuldig blieb, wo die gesellschaftlichen Instanzen sitzen, die die privatkapitalistischen Betriebe zu übernehmen vermögen.

Noch ein Letztes! Wir sehen mit diesem nüchternen Wirklichkeitsblick, von dem ich sprach, auch im politischen Raum uns heute anders um. Die kapitalistische Basis wird immer schmaler. Die Verhältnisse spitzen sich zu, und dadurch stoßen Schichten zu uns, an die wir heran müssen mit unserer Werbung. Die marxistische Analyse: die Proletarier, die Bourgeois! — dieser soziologische Dualismus ist zu primitiv. Es wimmelt im politischen Raum von allerlei Mittelschichten und Zwischenfiguren, an die wir herankommen müssen. Das sind die Bauern, die Beamten, die Intellektuellen, das ist der neu aufgebaute Mittelstand und die alte durchaus nicht niederkonkurrierte Gewerbeschicht. Dafür brauchen wir neue Parolen. Sie können nicht aufs Land gehen, wenn Sie dem Bauer sagen: Wir schaffen den lieben Gott ab und wir sozialisieren euer Eigentum. Damit erweckt man nicht Gegenliebe. Diese Schichten haben eine andere soziologische Struktur, sind alte Ordnungsschichten von reichem Kulturbesitz. Wir kommen an diese nicht so leicht illusionären und weniger suggestiblen Schichten nur mit einem nüchternen, elastischen, politischen Wirklichkeitssinn aufweisenden Gegenwartsprogramm heran. Deshalb freue ich mich, daß wir die Zweiteilung vorgenommen haben, daß wir neben die grundsätzlichen Erklärungen ein bewegliches Aktionsprogramm gestellt haben, so daß wir nicht immer in der Paradegarnitur einher-schreiten müssen bei der politischen Werktagsarbeit, sondern daß wir nun auch den Arbeitsrock besitzen.

Wir fühlten alle heute morgen, als Hilferding sprach, die Hammer-schläge niedergehen und den Mörtel, der niederfiel. Aber ich sage: Werden wir nicht bange darum! Wir nehmen nicht von jenem Marx Abschied, der mit der souveränen Freiheit des überlegenen Geistes seinen Jüngern einmal sagte: *Moi, je ne suis pas Marxist.* Ich bin ja selbst kein Marxist. Mit jenem Marx gehen wir in die neue Phase der Verwirklichung des Sozialismus ein, an die wir heute rühren. Wir werden jetzt nicht immer nur vom Ziel träumen können. Es werden uns auch die Kilometersteine am Wege wichtig werden müssen. Verlören wir aber dabei unser Ziel und unsere Sehnsucht aus dem Auge, dann wären wir ein Wirtschaftsstand und Interessenverband wie jeder andere, und nicht mehr die Kreuzritterschaft mit dem geheimen Kreuzfahrerabzeichen auf der Achsel, das es vielen von uns ja erst möglich macht, innerhalb des Sozialismus zu leben. Gewiß, wir werden nicht mehr mit den großen rollenden Formeln deklamieren können. Wir konnten es schon lange nicht mehr, und wir bekommen durch das neue Programm endlich das ehrliche Gewissen wieder.

Gewiß wir werden Flickarbeit leisten müssen an dieser miserabelsten aller Welten. Aber in dieser Stunde beschwören wir den guten, alten Geist, uns zu behüten, daß wir, wenn wir gleich Flickarbeit leisten, doch nicht Flickschuster dabei werden.

Helwes-Hannover: Mein Vorredner hat es begrüßt, daß ein elastisches Gegenwartsprogramm — er meint Agrarprogramm — herauskommen würde. Mich befriedigt das Programm aber noch nicht ganz. Ich weiß, wie es draußen aussieht, weil ich Tausende von Kleinbauern zu vertreten habe. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß unbedingt etwas geschehen muß. Wer draußen auf dem Lande arbeitet, weiß, daß wir in der nächsten Zeit mit Umwälzungen in wirtschaftlicher Beziehung zu rechnen haben. Wir müssen dem Kleinbauer etwas bieten. Im Landbund kriselt es schon ganz bedeutend. — Wenn wir Stimmen gewinnen wollen, müssen wir versuchen, vor allem die Kleinhandwerker wieder zu uns herüberzuziehen. Das ist aber nicht möglich, wenn wir den Leuten nichts bieten. Jahrelang scawebt uns ein sozialdemokratisches Agrarprogramm vor. Genosse David hat sich stark dafür eingesetzt. Auf dem vorigen Parteitag hat der Genosse Helling einen Vortrag über unser Bodenprogramm gehalten. Wir sind seitdem noch nicht weitergekommen. Darum möchte ich Sie bitten: Schaffen Sie einige Sätze in dem jetzigen Programm, die die Grundlage dafür geben sollen, was später zu geschehen hat. Material ist genügend vorgelegt worden. Wir müssen versuchen, die Krise im Landbund auszunutzen, dann werden wir auch vorwärtskommen und die Stimmen wiederbekommen, die uns verlorengegangen sind. Ich weiß, wie der Landbund arbeitet. Man sagt uns auf dem Lande: Ihr tut nichts für uns. Man erlebt, daß organisierte Landarbeiter und Reichsbannerkameraden zugleich Mitglieder des Landbundes sind. Warum ist es uns bisher nicht gelungen, die großen Massen der Landarbeiter für uns zu gewinnen? Weil die Referenten, die auf das Land gehen, kein Material besitzen, weil die Partei kein Agrarprogramm geschaffen hat. Daher muß unbedingt in das Programm ein entsprechender Abschnitt aufgenommen werden; dann kommen wir vorwärts. Von Schwerin in Mecklenburg ist beantragt worden, folgende Bestimmung in das Agrarprogramm aufzunehmen: Staatlicher Grund und Boden ist nicht an Private als Eigentum abzugeben. Für Mecklenburg-Schwerin mag das zutreffen. Für viele andere Gebiete trifft es nicht zu. Weiter wird in dem Antrag verlangt: Der Grund und Boden zur Neu- und Anliegersiedlung ist vom privaten Großgrundbesitz zu nehmen.

In Westfalen, Hannover und in anderen Gebieten liegen die Verhältnisse ganz anders. Da haben wir vielerorts Ländereien, die nur als staatliche anzusehen sind. Wenn die Landbedürftigen Land zu Anliegersiedlungen oder zur Schaffung von Heimstätten haben wollen, dann sind sie auf staatlichen Grundbesitz angewiesen. Daher möchte ich bitten, diese beiden Sätze des Schweriner Antrages nicht anzunehmen, und im Agrarprogramm nur zu sagen: „Soweit Domänenland nicht in Frage zu kommen braucht, soll da, wo Großgrundbesitz vorhanden ist, in erster Linie auf den Großgrundbesitz zurückgegriffen werden.“ Wo die Verhältnisse umgekehrt liegen, muß auch Domänenland zur Verfügung gestellt werden. Auf alle Fälle müssen einige grundlegende Sätze in unser Programm aufgenommen werden; das kann dann der Anfang eines Agrarprogramms sein. Dann haben wir eine Waffe in der Hand, mit der es uns gelingen wird, die Hunderttausende von Landarbeitern und Kleinbauern auf unsere Seite zu bringen, und dann hat die Stunde der Reaktion in Deutsch-

land, geschlagen. Wenn wir in den Jahren 1918, 1919 und 1920 mehr Einfluß auf die ländliche Bevölkerung gehabt hätten, wäre die Reaktion nicht so stark geworden und Hindenburg hätte nicht so viele Stimmen bekommen. Wir müssen Einfluß auf dem Lande erringen; das können wir aber nur, wenn wir den Leuten etwas bieten, wenn wir ein Agrarprogramm haben. Erst dann werden unsere Referenten Erfolg haben, wir werden wieder Boden gewinnen, und dann ist es aus mit der Reaktion in Deutschland.

Marum-Karlsruhe: Ich bitte Sie, mir für einige Augenblicke aus dem Gebiet der großen idealen und theoretischen Erörterungen in das Gebiet der Tagespolitik zu folgen. Wir sind der Meinung, daß aus dem Aktionsprogramm im Kapitel Justiz der Satz gestrichen werden muß: „Öffentliche Beratung der Gerichte bei der Urteilsfindung“. Das ist etwas ganz Unmögliches. Ich verkenne nicht, daß in dem einen oder anderen Kanton der Schweiz diese öffentliche Beratung der Gerichte bei der Urteilsfindung vorhanden ist. Ich verkenne auch nicht die Beweggründe, die für die nachträgliche Aufnahme dieses Satzes in das Aktionsprogramm vorgebracht werden. Man wollte offenbar eine Kontrolle der Justiz ermöglichen. Aber dieses Mittel ist durchaus ungeeignet und wird das Gegenteil erreichen. Jeder Parteigenosse, der einmal Schöffe, Geschworener oder Beisitzer an einem Gewerbe- oder Kaufmannsgericht gewesen ist, wird mir bestätigen, daß es ganz unmöglich ist, auf öffentlichem Markte alle diese Dinge zu besprechen. Es wäre dann nicht mehr nötig, bei den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten Beisitzer zu wählen, sondern dann könnte man dem Vorsitzenden die Entscheidung überlassen. Sie werden doch nicht glauben, daß ein Arbeitgeber in einem Gewerbegerichtsverfahren öffentlich zugunsten der Arbeiter stimmt, ohne fürchten zu müssen, dem Terror seiner Arbeitgeberverbände ausgeliefert zu sein. Was die politische Justiz anlangt, so wären in dem größten Teil Deutschlands die Schöffen und Geschworenen dem reaktionären Terror ausgeliefert und hätten nicht den Mut, in einer öffentlichen Beratung zugunsten der Wahrheit und Gerechtigkeit ihr Votum abzugeben. Es gibt aber auch manche Momente, die die Laienbeisitzer verhindern, ihre Meinung öffentlich zu sagen. Ebensowenig wie beispielsweise die Sitzungen der Gemeinderäte oder die Wahlen öffentlich sind, können die Beratungen der Gerichte öffentlich sein. Ich möchte deshalb dringend bitten, den Passus wieder zu streichen. Sie wollen eine demokratische gerechte Justiz erzielen. Sie würden aber bei dem Mangel an Zivilcourage, der leider heute bei vielen Beisitzern der Gerichte noch vorhanden ist, nur eine reaktionäre Justiz herbeiführen.

Löwenstein-Berlin: Ich habe es begrüßt, daß in dem neuen Programm-entwurf der Satz des Erfurter Programms „Religion ist Privatsache“ verschwunden ist. Dieser Satz war irreführend. Er hat niemals bedeuten sollen, daß die Religion keine gesellschaftliche Angelegenheit ist, weder im positiven noch im negativen Sinne, sondern dieser Satz sollte nur den Gegensatz zu dem weltlichen Staat festlegen. Aus dem Gedanken des weltlichen Staates heraus sollte gesagt werden, daß seitens des Staates keinerlei Einflußnahme auf diese Dinge zu erfolgen hat. Die Formulierung in dem neuen Programm-entwurf ist nach beiden Richtungen hin klarer und eindeutiger. Sie besagt: „Die öffentlichen Einrichtungen für Erziehung, Schulung und Bildung sind weltlich; jede öffentlich-rechtliche Einflußnahme von Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften auf diese Einrichtungen ist zu bekämpfen“. Das sagt klipp und klar, um

was es sich handelt, sagt auch ganz deutlich, daß natürlich jeder sich nach seinen religiösen Erlebnissen oder nach seiner Weltanschauungsgemeinschaft orientieren kann; aber das bedeutet nicht, daß diese Angelegenheiten damit zur Privatsache geworden sind.

Dann liegt ein Antrag vor, der eine Umänderung in dem Sinne bezweckt, daß keine Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln für kirchliche und konfessionelle Zwecke gemacht werden dürfen. In dem vorliegenden Entwurf ist nur von religiösen Zwecken die Rede. Ich glaube, daß dieser Antrag aus grundsätzlichen Erwägungen heraus abgelehnt werden muß. Wenn wir uns auf den Standpunkt stellen, daß der Staat sich um Weltanschauungsgemeinschaften wie um religiöse oder kirchliche Gemeinschaften nicht zu kümmern hat, sondern weltlich ist, dann können wir nicht nur kirchliche und konfessionelle Gemeinschaften, sondern müssen auch Weltanschauungsgemeinschaften von der Bevormundung und Bevorzugung von dem Staat ausschließen, selbst Weltanschauungsgemeinschaften, die uns nahestehen. Nicht aus Gründen irgendwelcher Philosophie oder irgendwelcher Religionserlebnisse, sondern aus der soziologischen Stellung des Staates heraus als einer weltlichen, öffentlich-rechtlichen Gemeinschaft haben wir diese Dinge abzulehnen.

Das Schlußwort Hilferdings

Hilferding: Parteigenossinnen und -genossen! Wie nicht anders zu erwarten war, ist eine ganze Reihe von Einzelanträgen, namentlich zum Aktionsprogramm, gestellt worden. Von verschiedenen Seiten wurde bemängelt, von anderer Seite begrüßt, daß der Satz „Religion ist Privatsache“ nicht in das Programm aufgenommen worden ist. Ich möchte zunächst erklären, daß in keiner Weise eine Änderung der prinzipiellen Stellung der Partei zur Religion, wie sie in diesem Satz zum Ausdruck kam, beabsichtigt ist. Wir haben gemeint, daß durch die Ausdrücke „Trennung der Kirche vom Staat, Trennung der Schule vom Staat, keine Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln für kirchliche und religiöse Zwecke“ das, was in dem Satz „Religion ist Privatsache“ enthalten war, seine politische Formulierung gefunden hat. Nur in diesem Sinne ist die Weglassung zu verstehen. Damit dürften die Bedenken im wesentlichen ausgeräumt sein.

Eine zweite Frage, die umstritten wurde und die zuletzt der Genosse Marum berührte, bezieht sich auf den Satz im Justizprogramm „Öffentliche Beratung bei der Urteilsfindung“. Dieser Satz stand nicht in dem ursprünglichen Programmwurf. Er ist hinzugekommen, nachdem der Parteiausschuß die Programmkommission durch einen Juristen verstärkt hat. Es handelt sich hier nach meiner Meinung nicht um eine besonders aktuelle Frage. Ich persönlich sehe keine Veranlassung, mich gegen einen Beschluß der Programmkommission zu wenden. Hier wird der Parteitag entscheiden können. Als Referent der Programmkommission bin ich für unveränderte Annahme.

Dann ist eine Reihe von Spezialwünschen geäußert worden, namentlich zu dem wichtigen Kapitel der Gesundheitspflege. Über diesen Punkt ist in den Beratungen des Parteivorstandes ausführlich gesprochen worden. Wir waren der Meinung, daß dieser Punkt es seiner Wichtigkeit nach verdient, einmal ausführlich in einem Referat auf dem Parteitag zur Sprache gebracht zu werden und daß wir uns infolgedessen gegenwärtig mit der Formulierung des Programms begnügen können. Ich möchte Sie also bitten, mit der stilistischen Abänderung, die die Genossinnen vorgeschlagen haben und die dahin geht, von dem „gleichen Erwerbsrecht für die Frauen“ statt nur vom Erwerbsrecht zu sprechen, die Formulierung des Entwurfs anzunehmen und damit die Anträge, die zum Programm gestellt worden sind, für erledigt zu erklären, mit Ausnahme der Anträge, die zum Agrarprogramm eingebracht worden sind. Es handelt sich um einen Antrag Heidelberg und einen Antrag Schwerin. Ich bitte, diese Anträge dem Parteivorstand und durch ihn der Agrarkommission zu überweisen.

In diesem Zusammenhang lassen Sie mich über die Frage des Agrarprogramms noch ein Wort sagen. Die Genossen, die das Bedürfnis nach Richtlinien für ihre Landagitation haben, besitzen bereits jetzt ein überreiches Material, einmal in dem prinzipiellen Antrag der Reichstagsfraktion zum Bodenprogramm, dann aber auch in dem Referat und in der Debatte auf dem letzten Berliner Parteitag. Unterdessen hat die Diskus-

sion über das Agrarprogramm namentlich in der „Gesellschaft“ in sehr vielversprechender Weise eingesetzt. Ich empfehle Ihnen vor allen Dingen das Studium der Beiträge, die von Dr. Baade und Dr. Krüger zu dieser Frage beigesteuert worden sind. Ich habe die feste Zuversicht, daß es einer vom Parteivorstand bald einzusetzenden Agrarkommission gelingen wird, bis zum nächsten Parteitag ein Agrarprogramm vorzulegen; aber ich möchte davor warnen, eine solch schwierige Frage ohne eingehende theoretische Diskussion in unseren wissenschaftlichen Organen, in unserer Parteipresse und in unseren Parteiorganisationen schon jetzt zu entscheiden und damit dem künftigen Parteitag vorzugreifen. Daher bitte ich Sie, die Anträge über die Agrarfrage dem Parteivorstand als Material zu überweisen.

Nun einige Ausführungen zu den Darlegungen der Genossen Nötting und Levi. Genosse Nötting, der eine Reihe sehr beachtenswerter Gedanken in eine sehr schöne Form gekleidet hat, möge entschuldigen, wenn ich ihm in einem Punkte widerspreche. Wenn er von Abschiedsstimmung gesprochen hat, so möchte ich sagen: Ich und viele andere sind durchaus nicht in Abschiedsstimmung gegenüber dem Erfurter Programm. Vielmehr glaube ich, daß die Arbeit, die hier vom Parteitag geleistet werden soll, eine Erneuerung, ein Wiederaufleben, eine Wiederbestärkung der unerschütterten Grundsätze ist, die in der Analyse der kapitalistischen Wirtschaft durch Marx enthalten sind. Wir haben das Veraltete entfernt, wir haben das ausgeschaltet, worüber wir nicht mit aller Bestimmtheit sprechen können. Wenn Genosse Gröttsch gemeint hat, das Programm verrate allzuviel wissenschaftliche Genauigkeit, ja einigermassen Pedanterie, so hat er damit meines Erachtens ein großes Lob ausgesprochen; denn wenn man wissenschaftlich analysiert, kommt es gerade auf die Genauigkeit, auf die wissenschaftliche Bedenklichkeit an. Diese wissenschaftliche Genauigkeit hat ja auch den Verfasser des Erfurter Programms geleitet. Nur dadurch ist es möglich, daß in dem Programm, soweit menschliches Vermögen und menschliches Erfassen gehen, nichts gesagt wird, was nicht vor der historischen Kritik — und die Geschichte ist die beste Marxistin — standhält. Die einen Diskussionsredner sprachen vom Ewigkeitswert, die anderen sprachen davon, es solle nur ein Beginn sein. Nun, ich hoffe doch, daß das Heidelberger Programm, das, wie gesagt, in wesentlichen Teilen eine Erneuerung des Erfurter Programms ist, ebenso wie dieses das Geschick haben wird, daß seine grundsätzliche Analyse von der geschichtlichen Entwicklung der nächsten Jahrzehnte bestätigt werden wird.

Die einzige sozusagen grundsätzliche Kritik ist geübt worden von dem Genossen Levi. Ich muß allerdings sagen, daß mir nicht alles in diesen Ausführungen klar geworden ist. Genosse Levi hat davon gesprochen, daß diese Generation durch die Wüste gegangen sei. Ich glaube, schon das ist nicht richtig. Wir haben Ungeheuerliches erlebt. Aber es war Großes und Unvergängliches, was wir dabei erfahren haben, und wir haben nicht das Gefühl, durch die Wüste gewandert zu sein. Genosse Levi meinte, diese Generation, die durch die Wüste gegangen sei, müsse zugrunde gehen, damit die neue Generation ihre großen Aufgaben erfüllen könne. Das war nicht die Ansicht über proletarische Entwicklung, über sozialistische Aufgaben, die Marx und Engels ausgesprochen haben. Keine Arbeitergeneration darf zugrunde gehen, am wenigsten diese Generation, die durch all diese Drangsale hindurchgegangen ist, die so viele Prüfungen durchgemacht, so schwer erworbene Erfahrungen gesammelt

hat. Wir brauchen gerade diese Generation, damit sie weiterkämpft und die Jugend lehrt, wie sie in der Zukunft zu kämpfen hat. Wenn Genosse Levi revolutionäre Tendenzen in dem Programm vermißt, so ist auch das nach meiner Überzeugung eine ganz falsche Auffassung von dem, was wirklich revolutionär ist. Wir leben in einer revolutionären Zeit, weil es keinen größeren Umwälzer, keinen größeren Revolutionär gibt als den Kapitalismus, als das Kapital und seinen notwendigen Widerpart, die Arbeiterklasse, die sich aus innerer Notwendigkeit, aus innerer Gesetzmäßigkeit gegen das Kapital erhebt, um eben jene Revolution, die das Kapital anfängt, politisch und sozial zu vollenden. Deswegen braucht man nicht fortwährend von Revolution zu sprechen. Ich bin hier vollkommen einig mit Engels, der im Jahre 1881 an Eduard Bernstein schrieb:

„Ich finde Ihre Ansicht über die dem Blatt zu gebende Haltung ganz übereinstimmend mit der meinen. Ich freue mich auch, daß in der letzten Zeit nicht mehr so viel Aufwand mit dem Wort ‚Revolution‘ gemacht wird wie zuerst. Das war anfangs ganz gut nach der Abwiegelung von 1880. Aber jetzt ist es besser, auch gegenüber Most, vor großen Phrasen auf der Hut zu sein.“

Was damals Most war, sind heute die Kommunisten. Ich glaube, daß wir gerade durch wirkliche wissenschaftliche Analyse und nicht durch vielen Gebrauch des Wortes „Revolution“ am besten den Kampf gegen die Kommunisten führen können. Allerdings darf man das Programm nicht so lesen, wie es der Genosse Levi gelesen hat; so darf man weder das Erfurter noch das Heidelberger Programm lesen. Genosse Levi hat z. B. gesagt, die Weglassung des Satzes, der, glaube ich, im kommunistischen Manifest steht und der im Erfurter Programm schon in eine andere Form gekleidet worden ist, nämlich des Satzes „Der Befreiungskampf der Arbeiter kann nur das Werk der Arbeiterklasse sein“, verbiete jede Koalitionspolitik. Auf diese Auslegung ist wirklich noch niemand gekommen. Was ist das aber für eine Auffassung von Koalitionspolitik, zu meinen, daß während der Koalitionspolitik der Klassenkampf irgendwie ruhe? Der Klassenkampf muß gerade im Schoße von Koalitionsministerien, in der Zeit, in der Sozialdemokraten Koalitionsminister sind, mit besonderer Wachsamkeit, unter Umständen auch mit besonderer Schärfe geführt werden. Unter bestimmten Bedingungen kann die Notwendigkeit einer Koalitionsregierung gegeben sein, aber damit wird nie die Notwendigkeit aufhören, den Kampf der Arbeiterklasse für ihre Forderungen soweit wie irgend möglich zu steigern. Es wäre ein schwerer Fehler unserer Agitation, eventuell die andere Möglichkeit heraufzubeschwören, daß Koalitionsregierungen eine Abschwächung des Klassenbewußtseins werden. Nur eine schlechte und ungenügende Verteidigung oder falsche Angriffe auf die Koalitionspolitik können eine solche Wirkung haben.

Genosse Levi hat auch in dem Programm eine klare Stellung zum Staat vermißt und hat Ausführungen gemacht, von denen ich gleichfalls wünschte, daß sie einmal durch ein prinzipielles Referat auf einem der nächsten Parteitage so klargestellt würden, daß die Mißverständnisse endlich aufhören. Levi hat offene Türen eingerannt, als er sagte, daß wir mit der bürgerlichen Republik, wie er sie nannte, nicht zufrieden sein dürften. Ich möchte denjenigen Parteigenossen, und wenn es der äußerste Revisionist wäre, sehen, der sagen würde, wir sollten mit der bürgerlichen Republik zufrieden sein. Aber gewöhnen wir uns doch endlich an jene be-

grifflichen Unterscheidungen, die absolut notwendig sind, wenn wir auch nur eine Diskussion über den Staatsbegriff anfangen wollen. Wovon sprechen wir, wenn wir von der Republik, von der Demokratie sprechen? Wir sprechen von einer bestimmten politischen Kategorie, von einer bestimmten Art, den Willen der Massen zum Ausdruck zu bringen und danach das Regierungssystem zu gestalten. Ich habe schon in meinem Referat erwähnt: diese politische Form der Demokratie, diese politische Form der demokratischen Republik wollen wir, wollen wir sogar als etwas Absolutes, als etwas ohne Einschränkung, weil diese politische Demokratie, die Republik ein ungeheurer Fortschritt gegenüber jeder anderen Staatsform ist. Lassen wir uns doch nicht durch die Episode des Bolschewismus darin irre machen, daß sämtliche Arbeiterparteien nicht aus einer Doktrin heraus, sondern aus der Notwendigkeit ihres Kampfes stets in den Vordergrund ihres politischen Kampfes den Kampf um die Demokratie den Kampf um die Republik gestellt haben. Wir wollen diese politische Demokratie, weil sie zugleich der beste Kampfboden für das Proletariat ist, weil in der politischen Demokratie das Ringen der einzelnen Klassen um den Einfluß im Staate am unverhülltesten zum Ausdruck kommt, ganz anders als in einem Nationalitätenstaat, ganz anders, als in einem zaristischen System oder in dem halbkonstitutionellen System der deutschen Monarchie. Deswegen ist uns Sozialisten vom Standpunkt der Arbeiterklasse die Erhaltung der demokratischen Republik an sich von sehr großem Wert.

Aber dann gibt es die andere Seite: die demokratische Republik kann politische Form sein nicht nur für ein sozialistisches Gemeinwesen, sondern auch für ein bürgerliches Gemeinwesen. Diese politische Form, die dieselbe bleibt, müssen wir uns erhalten. Ich unterstreiche nochmals, was Rosa Luxemburg gerade in dieser Beziehung über die Notwendigkeit der Demokratie in der Zeit der Herrschaft der Arbeiterklasse geschrieben hat.

Diese politische Form, die dieselbe bleibt, müssen wir uns also auch für ein sozialistisches Gemeinwesen erhalten, und sie bleibt auch die politische Bewegungsform für die Übergangszeit vom Kapitalismus zum Sozialismus, für die letzte Periode der kapitalistischen Herrschaft, die zwar noch das Kapital stark genug sieht, um die soziale Abhängigkeit der Arbeiterschaft aufrechtzuerhalten, in der aber andererseits die Arbeiterklasse politisch stark genug ist, um die alten politischen Herrschaftsformen der direkten politischen Abhängigkeit, der direkten Beherrschung der Besitzlosen auf Grund der Ungleichheit des Wahlrechts, der Einrichtung einer erblichen Monarchie usw. auszumerzen. Wir sprechen also einmal von einer bestimmten politischen, das andere Mal von einer bestimmten sozialen Kategorie, nämlich von der Tatsache einer kapitalistischen Wirtschaft; und diese kapitalistische Wirtschaft wollen wir beseitigen. Wir sagen aber: Dazu ist die Eroberung der Staatsmacht in der demokratischen Republik der beste Weg. Deshalb ist es einfach falsch, wenn man sagt, wir — irgendwelche Richtungen in der Partei — unterscheiden uns durch unsere Stellung zum Staat. Sie, die Sie sich „Linke“ nennen, müssen im Ernstfall genau so für die Republik eintreten. Sie müssen in aller Zukunft genau so die demokratische Republik aufrechterhalten wie jeder andere; wozu also eine ganz falsche Formel hineinragen, die unser wirkliches Ziel, das soziale Ziel, nicht berührt.

Deshalb halte ich die Kritik Levis am Programm für falsch, weil sie mit einem Doppelbegriff arbeitet. Einmal wird das Wort Demokratie in

seinem politischen Sinn gebraucht, andererseits in dem Sinn, in dem wir von Wirtschaftsdemokratie sprechen, was nichts anderes ist als Sozialismus. Daß wir die bürgerliche Gesellschaftsordnung bekämpfen, daß wir an ihre Stelle eine sozialistische setzen wollen, daß es also niemand gibt, der diese „bürgerliche Republik“, um diese ganz falsche Verbindung zu gebrauchen, als etwas Letztes ansieht, ist eine solche Selbstverständlichkeit, daß man wirklich nur durch eine unmögliche Auslegung in unserem Programm einen Widerspruch, einen Mangel an Prinzipien oder eine Unzulänglichkeit sehen kann.

Ebenso kann ich auch die Behauptung des Genossen Levi nicht zugeben, wir übersähen, daß auch innerhalb der bürgerlichen, der demokratischen Republik außerparlamentarische Kräfte am Werk sein können. Wer wollte das leugnen? Wir haben es im Kapp-Putsch erlebt. Welche Haltung hat aber die sozialdemokratische Partei eingenommen? Sie hat diesen reaktionären außerparlamentarischen Kräften die große außerparlamentarische Kraft des Generalstreiks entgegengesetzt, damit die außerparlamentarischen Kräfte niedergeschlagen, um zur normalen Funktion der parlamentarischen Kräfte zurückzukehren. Das ist eine ganz selbstverständliche Haltung. Deshalb ist es ebenso selbstverständlich, daß wir den Aufbau um die Erhaltung der Republik an die Spitze des Verfassungsprogramms gestellt und in den theoretischen Teil aufgenommen haben, weil wir tatsächlich in dieser politischen Form unter den besten Bedingungen und mit der meisten Aussicht auf Erfolg um unser Endziel kämpfen können.

Ich kann dem Genossen Levi nicht in Einzelheiten folgen, aber wenn er die Formulierung über die internationalen Aktionen für ungenügend hält, so kann ich auch das nicht für berechtigt anerkennen. Wir haben ausdrücklich im Programm gesagt: Wir kämpfen solidarisch verbunden mit allen andern Mitglieder der sozialistischen Arbeiterinternationale nicht nur um die Verwirklichung des Sozialismus, sondern auch in gemeinsamen Aktionen gegen alle Vorstöße des Faschismus und Imperialismus. Ich glaube, damit ist alles gesagt, was in einem allgemeinen Programm zu sagen ist. Gerade unsere Haltung auf den internationalen Kongressen hat immer wieder bestätigt, daß, wo die Möglichkeit für solche internationalen Aktionen gegeben ist, wir uns mit aller Kraft daran beteiligen. Lassen Sie mich aber noch eins sagen. Gewiß, die imperialistischen Tendenzen sind stark. Vieles davon ist durch die neueste Entwicklung unberührt geblieben. Andererseits aber dürfen wir auch nicht übersehen, daß die imperialistischen Tendenzen nur die politische Umsetzung bestimmter ökonomischer Tendenzen sind. Gerade infolge ihrer politischen Natur sind die jeweiligen imperialistischen Mittel und Ziele wandelbar und Änderungen unterliegend. Gerade der letzte Krieg hat wesentliche Bedingungen dafür geschaffen, um uns zu erlauben, in gewissem Sinn auch von einer neuen Phase des Imperialismus zu sprechen. Während jeder vorhergehende Krieg schlecht und recht mit der Herstellung eines gewissen Gleichgewichts der politischen Kräfte der europäischen Staaten geendet hat, hat dieser Krieg — das ist gerade sein Charakteristikum, seine fortdauernde Gefahr — nicht mit der Wiederherstellung eines Gleichgewichts, sondern mit einem ungeheuren ökonomischen, aber auch mit einem latenten militärischen Übergewicht der Vereinigten Staaten geendet, andererseits hat er in Europa neben industriellen, neben militärischen Machtzentren eine Machtdepression über Mitteleuropa geschaffen, eine Störung des Gleichgewichts,

die verhängnisvoll werden kann, wenn es nicht der Arbeit der Demokratie und des Sozialismus gelingt, diese Störung wieder zu beseitigen, nicht im kapitalistischen, sondern im sozialistischen Sinne. Betrachten wir die deutsche Situation, so sehen wir hier einen gefährlichen Widerspruch. Deutschland ist nach dem Krieg ein industrielles, ein ökonomisches Energiezentrum ersten Ranges geblieben, es ist aber militärisch und außenpolitisch ohnmächtig. Dieser Widerspruch hat wieder zweierlei Folgen. Auf ökonomischem Gebiet zwingt die militärische Machtlosigkeit unsere Kapitalistenklasse, zu versuchen, jenes Ziel einer imperialistischen Politik, Monopolisierung von Absatzmärkten, Konzentration der Wirtschaft nicht durch militärische Entscheidungen zu erreichen, sondern durch Kartell- und Trustbildung auf internationalem Maßstab. Ich erinnere nur an die Verhandlungen, die immer wieder gerade unsere Schwerindustrie mit der französischen und belgischen Schwerindustrie führt, um zu einer solchen Monopolisierung des europäischen Absatzmarktes auf einem der wichtigsten Gebiete der Rohstoffversorgung zu gelangen. Politisch aber bedeutet die einseitige Abrüstung, die machtpolitische Depression hier, die machtpolitische Steigerung dort wieder eine Gefahr für den europäischen Frieden.

Diese Dinge gilt es zu analysieren, danach unsere Politik einzurichten. Die Analyse wird zeigen, daß wir nicht allein, aber in Verbindung mit allen demokratischen, sozialistischen Kräften der übrigen Welt stark genug sein werden, um diesen sehr starken imperialistischen Tendenzen unsere Gegenteilentendenz entgegenzustellen und sie allmählich so erstarken zu lassen, daß unsere Friedenspolitik nicht mehr Utopie ist, nicht mehr auf den endgültigen Sieg des Sozialismus verschoben werden muß, sondern Bestandteil unserer Außenpolitik ist und so ernst und aussichtsreich wie unsere übrigen Kämpfe, so daß also unsere Friedenspolitik eine durchaus reale Politik sein kann. Diese Entwicklungsmöglichkeiten nicht zu sehen, ihnen von vornherein jede Aussicht abzuspochen, wäre ein schwerer Fehler unseres Programms, wollte unser Programm dies versuchen. Gerade in diesen Dingen ist unser Programm durchaus auf der Höhe der Aufgaben, die der internationale Sozialismus zu erfüllen hat.

Ich gebe im übrigen ohne weiteres zu, daß eine ganze Anzahl der gemachten Anregungen beachtenswert sind und hoffe, daß sie auf nächsten Parteitag ihre Berücksichtigung finden werden, für heute aber bitte ich Sie, möglichst einmütig unser Programm anzunehmen und damit unter die bisherige Entwicklung ein gewisses Resümee zu setzen, es vor allen Dingen aber anzunehmen, damit wir wieder hinausgehen können, agitieren, unserer Jugend sagen, was Sozialismus ist, wofür sie kämpft und kämpfen muß, wenn diese neue Generation würdig sein will der Arbeit, Mühen und Leiden, die die vergangenen Arbeitergenerationen auf sich genommen haben.

Das Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Beschlossen auf dem Heidelberger Parteitag

Die ökonomische Entwicklung hat mit innerer Gesetzmäßigkeit zum Erstarken des kapitalistischen Großbetriebes geführt, der in Industrie, Handel und Verkehr immer mehr den Kleinbetrieb zurückdrängt und seine soziale Bedeutung verringert. Mit der immer stärker werdenden Entfaltung der Industrie wächst die industrielle Bevölkerung ständig im Verhältnis zur landwirtschaftlichen. Das Kapital hat die Massen der Produzenten von dem Eigentum an ihren Produktionsmitteln getrennt und den Arbeiter in einen besitzlosen Proletarier verwandelt. Ein großer Teil des Grund und Bodens befindet sich in den Händen des Großgrundbesitzes, des natürlichen Verbündeten des Großkapitals. So sind die ökonomisch entscheidenden Produktionsmittel zum Monopol einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Kapitalisten geworden, die damit die wirtschaftliche Herrschaft über die Gesellschaft erhalten.

Zugleich wächst mit dem Vordringen der Großbetriebe in die Wirtschaft Zahl und Bedeutung der Angestellten und Intellektuellen jeder Art. Sie üben in dem vergesellschafteten Arbeitsprozeß die Leitungs-, Überwachungs-, Organisations- und Verteilungsfunktionen aus, sie fördern durch wissenschaftliche Forschung die Produktionsmethoden. Mit dem Anwachsen ihrer Zahl verlieren sie immer mehr die Möglichkeit des Aufstiegs in privilegierte Stellungen und ihre Interessen stimmen in steigendem Maße mit denen der übrigen Arbeiterschaft überein.

Mit der Entwicklung der Technik und der Monopolisierung der Produktionsmittel wächst riesenhaft die Produktivität der menschlichen Arbeit. Aber Großkapital und Großgrundbesitz suchen die Ergebnisse des gesellschaftlichen Arbeitsprozesses für sich zu monopolisieren. Nicht nur den Proletariern, sondern auch den Mittelschichten wird der volle Anteil an dem materiellen und kulturellen Fortschritt vorenthalten, den die gesteigerten Produktivkräfte ermöglichen.

Ununterbrochen sind im Kapitalismus Tendenzen wirksam, die arbeitenden Schichten in ihrer Lebenshaltung zu drücken. Nur durch steten Kampf ist es ihnen möglich, sich vor zunehmender Erniedrigung zu bewahren und ihre Lage zu verbessern. Dazu gesellt sich hochgradige Unsicherheit der Existenz, die stets drohende Arbeitslosigkeit. Diese wird besonders qualvoll und erbitternd in Zeiten der Krisen, die jedem wirtschaftlichen Aufschwung folgen und in der Anarchie der kapitalistischen Produktionsweise begründet sind.

Das kapitalistische Monopolstreben führt zur Zusammenfassung von Industriezweigen, zur Verbindung aufeinanderfolgender Produktionsstufen und zur Organisierung der Wirtschaft in Kartelle und Trusts. Dieser Prozeß vereinigt Industriekapital, Handelskapital und Bankkapital zum Finanzkapital.

Einzelne Kapitalistengruppen werden so zu übermächtigen Beherrschern der Wirtschaft, die nicht nur die Lohnarbeiter, sondern die ganze Gesellschaft in ihre ökonomische Abhängigkeit bringen.

Mit der Zunahme seines Einflusses benutzt das Finanzkapital die Staatsmacht zur Beherrschung auswärtiger Gebiete als Absatzmärkte, Rohstoffquellen und Stätten für Kapitalanlagen. Dieses imperialistische Machbestreben bedroht die Gesellschaft ständig mit Konflikten und mit Kriegsgefahr. Doch mit dem Druck und den Gefahren des Hochkapitalismus steigt auch der Widerstand der stets wachsenden Arbeiterklasse, die durch den Mechanismus des kapitalistischen Produktionsprozesses selbst sowie durch stete Arbeit der Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei geschult und vereint wird. Immer größer wird die Zahl der Proletarier, immer schroffer der Gegensatz zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, immer erbitterter der Klassenkampf zwischen den kapitalistischen Beherrschern der Wirtschaft und den Beherrschten. Indem die Arbeiterklasse für ihre eigene Befreiung kämpft, vertritt sie das Gesamtinteresse der Gesellschaft gegenüber dem kapitalistischen Monopol. Eine gewaltig erstarkte Arbeiterbewegung, groß geworden durch die opferreiche Arbeit von Generationen, stellt sich dem Kapitalismus als ebenbürtiger Gegner gegenüber. Mächtiger denn je ersteht der Wille, das kapitalistische System zu überwinden und durch internationalen Zusammenschluß des Proletariats, durch Schaffung einer internationalen Rechtsordnung, eines wahren Bundes gleichberechtigter Völker, die Menschheit vor kriegerischer Vernichtung zu schützen.

Das Ziel der Arbeiterklasse kann nur erreicht werden durch die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an den Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum. Die Umwandlung der kapitalistischen Produktion in sozialistische für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion wird bewirken, daß die Entfaltung und Steigerung der Produktivkräfte zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger Vervollkommnung wird. Dann erst wird die Gesellschaft aus der Unterwerfung unter blinde Wirtschaftsmacht und aus allgemeiner Zerrissenheit zu freier Selbstverwaltung in harmonischer Solidarität emporsteigen.

Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung ist nicht nur ein wirtschaftlicher, sondern notwendigerweise ein politischer Kampf. Die Arbeiterklasse kann ihren ökonomischen Kampf nicht führen und ihre wirtschaftliche Organisation nicht voll entwickeln ohne politische Rechte. In der demokratischen Republik besitzt sie die Staatsform, deren Erhaltung und Ausbau für ihren Befreiungskampf eine unerläßliche Notwendigkeit ist. Sie kann die Vergesellschaftung der Produktionsmittel nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein.

Der proletarische Befreiungskampf ist ein Werk, an dem die Arbeiter aller Länder beteiligt sind. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist sich der internationalen Solidarität des Proletariats bewußt und entschlossen, alle Pflichten zu erfüllen, die ihr daraus erwachsen. Dauernde Wohlfahrt der Nationen ist heute nur erreichbar, durch ihr solidarisches Zusammenwirken.

Die Sozialdemokratische Partei kämpft nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst, für gleiche Rechte und Pflichten aller, ohne Unter-

schied des Geschlechts und der Abstammung. Von dieser Anschauung ausgehend, bekämpft sie nicht bloß die Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnarbeiter, sondern jede Art der Ausbeutung und Unterdrückung, richte sie sich gegen ein Volk, eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse.

Den Befreiungskampf der Arbeiterklasse zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten und ihm sein notwendiges Ziel zu weisen, ist die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei. In ständigem Ringen und Wirken auf politischem, wirtschaftlichem, sozialem und kulturellem Gebiet strebt sie zu ihrem Endziel.

Das Aktionsprogramm

Verfassung

Die demokratische Republik ist der günstigste Boden für den Befreiungskampf der Arbeiterklasse und damit für die Verwirklichung des Sozialismus. Deshalb schützt die Sozialdemokratische Partei die Republik und tritt für ihren Ausbau ein. Sie fordert:

Das Reich ist in eine Einheitsrepublik auf Grundlage der dezentralisierten Selbstverwaltung umzuwandeln. Auf dem organisch neu zu gliedernden Unterbau der Gemeinden und Länder erhebt sich eine starke Reichsgewalt, die in Gesetz und Verwaltung die für eine einheitliche Führung und den Zusammenhalt des Reiches notwendigen Befugnisse besitzt.

Ausdehnung der unmittelbaren Reichsverwaltung auf die Justiz: Alle Gerichte werden Gerichte des Reichs. Für die Sicherheitspolizei sind im Wege der Gesetzgebung einheitliche Grundsätze aufzustellen. Eine einheitliche Reichskriminalpolizei ist zu schaffen.

Abwehr aller monarchistischen und militaristischen Bestrebungen, Umgestaltung der Reichswehr zu einem zuverlässigen Organ der Republik.

Vollständige Verwirklichung der verfassungsmäßigen Gleichstellung aller Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechts, der Herkunft, der Religion und des Besitzes.

Verwaltung

Ziel der sozialdemokratischen Verwaltungspolitik ist die Ersetzung der aus dem Obrigkeitsstaat übernommenen polizeistaatlichen Exekutive durch eine Verwaltungsorganisation, die das Volk auf Grundlage der demokratischen Selbstverwaltung zum Träger der Verwaltung macht. Darum wird gefordert:

Demokratisierung der Verwaltung.

Reichsgesetzliche Vereinheitlichung der Länderverwaltung.

Die Grundsätze der Verwaltung bestimmt das Reich. Die Durchführung obliegt den Selbstverwaltungskörpern, soweit es sich nicht um Angelegenheiten handelt, die wegen ihrer zentralen Natur der unmittelbaren Verwaltung durch das Reich bedürfen.

Den örtlichen und provinziellen Besonderheiten ist im Wege der Rahmengesetzgebung Spielraum zu lassen.

Ein reichsrechtliches Landesverwaltungsgesetz regelt gleichmäßig für alle Länder die Gliederung und die Zuständigkeit der staatlichen Verwaltungsbezirke und der Verwaltungsorgane.

Eine Reichsgemeindeordnung hat für Gemeinden und Gemeindeverbände (Landgemeinden, Städte, Kreise, Provinzen) einheitliches Recht zu schaffen. Das Einkammersystem ist für alle Selbstverwaltungskörper durchzuführen. Die Wahl der Bürgermeister ist auf Zeit festzusetzen. Die Selbstverwaltungskörper erledigen die Geschäfte ihres Verwaltungsbe-

reichs im Rahmen der Reichs- und Landesgesetze selbständig und unter eigener Verantwortung. Für Fragen von allgemeinem öffentlichen Interesse sind Volksbegehren und Volksabstimmung in den Gemeinden einzuführen.

Die Rechtskontrolle über die Verwaltung, insbesondere der Schutz des Staatsbürgers gegen die in seine Rechtssphäre eingreifenden Verwaltungsakte, ist durch unabhängig im Instanzenweg gegliederte Verwaltungsgerichte zu gewährleisten. Das Reichsverwaltungsgericht hat gleichzeitig die Aufgabe eines Obergerichts in allen Landessachen.

Durch ein Reichskommunalisierungs- und ein Reichsenteignungsgesetz sind den Gemeinden und Gemeindeverbänden die für die Durchführung und Ausdehnung der kommunalen Gemeinwirtschaft erforderlichen Befugnisse und Machtmittel einzuräumen. Die Form der Verwaltung ist so zu gestalten, daß einerseits die Betriebe in ihrer Wirtschaftsführung von bürokratischen Fesseln befreit werden, andererseits aber das unbeschränkte Bestimmungsrecht der öffentlichen Körperschaften gewahrt bleibt.

Für alle Beamten und Angestellten der öffentlichen Körperschaften ist ein einheitliches Dienstrecht zu schaffen, das Auswahl, Stellung, Beförderung, Interessenvertretung und Schutz nach demokratischen und sozialen Gesichtspunkten ordnet.

Justiz

Die Sozialdemokratische Partei bekämpft jede Klassen- und Parteijustiz und tritt ein für eine mit sozialem Geiste erfüllte Rechtsordnung und Rechtspflege unter entscheidender Mitwirkung gewählter Laienrichter in allen Zweigen und auf allen Stufen der Justiz.

Insbesondere fordert sie:

Im bürgerlichen Recht Unterordnung des Vermögensrechtes unter das Recht der sozialen Gemeinschaft, Erleichterung der Ehescheidung, Gleichstellung der Frau mit dem Manne, Gleichstellung der unehelichen Kinder mit den ehelichen.

Im Strafrecht größeren Schutz der Person und der sozialen Rechte, Ersetzung des Vergeltungsprinzips durch das Prinzip der Erziehung des einzelnen und des Schutzes der Gesellschaft. Abschaffung der Todesstrafe.

Im Strafprozeß Wiederherstellung der Schwurgerichte und Ausdehnung ihrer Zuständigkeit insbesondere auf politische und Preßvorfälle, Zulassung der Berufung in allen Strafsachen, Beseitigung aller die Verteidigung beeinträchtigenden Bestimmungen.

Im Untersuchungsverfahren Schutz des Inhaftierten gegen behördliche Übergriffe, Verhaftung, außer im Falle der Ergreifung auf frischer Tat, nur auf Grund richterlichen Befehls, mündliche Verhandlung über Haftbeschwerden.

Im Strafvollzug reichsgesetzliche Regelung im Geiste der Humanität und des Erziehungsprinzips.

Sozialpolitik

Der Schutz der Arbeiter, Angestellten und Beamten und die Hebung der Lebenshaltung der breiten Massen erfordern:

Schutz des Koalitions- und Streikrechts. Gleiches Recht der Frauen auf Erwerbsarbeit. Verbot jeder Erwerbsarbeit schulpflichtiger Kinder.

Gesetzliche Festlegung eines Arbeitstages von höchstens acht Stunden, Verkürzung dieser Arbeitszeit für Jugendliche und in Betrieben mit erhöhten Gefahren für Gesundheit und Leben. Einschränkung der Nachtarbeit. Wöchentliche ununterbrochene Ruhepause von mindestens 42 Stunden. Jährlicher Urlaub unter Fortzahlung des Lohnes.

Die Sorge für die Erledigung von Notstandsarbeiten bleibt ausschließlich den Gewerkschaften überlassen.

Bekämpfung der Mißstände der Heimarbeit mit dem Ziel ihrer völligen Beseitigung unter weitgehender Fürsorge für die Betroffenen.

Überwachung aller Betriebe und Unternehmungen durch die Gewerbeinspektion, die unter Heranziehung von Arbeitern und Angestellten als Beamte und als Vertrauensperson zu einer Reichseinrichtung auszubauen ist.

Sicherung der Rechtsgültigkeit der Tarifverträge und Hilfeleistung bei ihrem Abschluß durch die Schlichtungsbehörden.

Selbständige Arbeitsgerichte, die losgelöst sind von der ordentlichen Gerichtsbarkeit.

Einheitliches Arbeitsrecht.

Vereinheitlichung der sozialen Versicherung bis zu ihrem Umbau zu einer allgemeinen Volksfürsorge. Einbeziehung der Arbeitsunfähigen und Erwerbslosen.

Umfassende, vorbeugende, heilende und vorsorgende Maßnahmen auf dem Gebiete der Volkswohlfahrt, insbesondere der Erziehungs-, Gesundheits- und Wirtschaftsfürsorge, einheitliche, reichsrechtliche Regelung der Wohlfahrtspflege, die die Mitwirkung der Arbeiterklasse in ihrer Durchführung sicherstellt.

Förderung der internationalen Verträge und Gesetzgebung.

Kultur- und Schulpolitik

Die Sozialdemokratische Partei erstrebt die Aufhebung des Bildungsprivilegs der Besitzenden.

Erziehung, Schulung und Forschung sind öffentliche Angelegenheiten; ihre Durchführung ist durch öffentliche Mittel und Einrichtungen sicherzustellen. Unentgeltlichkeit des Unterrichts, Unentgeltlichkeit der Lehr- und Lernmittel, wirtschaftliche Versorgung der Lernenden.

Die öffentlichen Einrichtungen für Erziehung, Schulung, Bildung und Forschung sind weltlich. Jede öffentlich-rechtliche Einflußnahme von Kirche, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften auf diese Einrichtungen ist zu bekämpfen, Trennung von Staat und Kirche, Trennung von Schule und Kirche, weltliche Volks-, Berufs- und Hochschulen. Keine Aufwendung aus öffentlichen Mitteln für kirchliche und religiöse Zwecke.

Einheitlicher Aufbau des Schulwesens, Herstellung engster Beziehungen zwischen Werkarbeit und geistiger Arbeit auf allen Stufen.

Gemeinsame Erziehung beider Geschlechter durch beide Geschlechter.

Einheitliche Lehrerbildung auf Hochschulen.

Finanzen und Steuern

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands fordert eine grundlegende, umfassende Finanzreform, die auf dem Prinzip der Quellenbesteuerung und der Lastenverteilung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit aufgebaut ist.

Insbesondere:

Weiterbildung der Einkommen-, Vermögens- und Erbschaftssteuer.

Gleichmäßige und einheitliche Steuerveranlagung mit Offenlegung der Steuerlisten. Wirksame Verfolgung der Steuerhinterziehung, insbesondere durch obligatorische Buch- und Betriebsprüfung.

Steuerfreiheit für ein soziales Existenzminimum. Stärkste Schonung des Massenverbrauchs. Beseitigung der Umsatzsteuer.

Beteiligung der öffentlichen Gewalten am Vermögen und an der Verwaltung der kapitalistischen Erwerbsunternehmungen.

Wirtschaftspolitik

Im Kampfe gegen das kapitalistische System fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands:

Grund und Boden, Bodenschätze und natürliche Kraftquellen, die der Energieerzeugung dienen, sind der kapitalistischen Ausbeutung zu entziehen und in den Dienst der Gemeinschaft zu überführen.

Ausgestaltung des wirtschaftlichen Räteystems zur Durchführung eines Mitbestimmungsrechts der Arbeiterklasse an der Organisation der Wirtschaft unter Aufrechterhaltung des engen Zusammenwirkens mit den Gewerkschaften.

Kontrolle des Reiches über die kapitalistischen Interessengemeinschaften, Kartelle und Trusts.

Förderung der Produktionssteigerung in Industrie und Landwirtschaft.

Förderung des Siedlungswesens.

Der grundsätzliche Teil des neuen Programms

1. Das neue Programm

Was wollen die Sozialdemokraten?

Seit Jahrzehnten wird kaum eine Frage so häufig gestellt wie diese. Besonders häufig und auch angstvoll wird sie in den letzten Jahren aufgeworfen. Ist doch die Sozialdemokratie in der deutschen Republik zur weitest aus stärksten der politischen Parteien geworden, und trotz aller Wechselfälle naht der Moment, da sie die Mehrheit des deutschen Volkes hinter sich haben und die volle politische Macht gewinnen wird.

Die Sozialdemokratie verkörpert die Zukunft der Nation, ja, die Zukunft der Welt, denn sie ist eine internationale Erscheinung. Sie verkörpert nicht eine ferne, nebelhafte, sondern die nächste Zukunft. Da ist es dringende Pflicht für jeden, dem diese Zukunft am Herzen liegt, sich klar zu werden darüber, was die Sozialdemokraten wollen.

Eine unzweideutige Antwort auf die Frage gibt das Programm der deutschen Sozialdemokratie, dessen jüngste Form auf dem Parteitag von Heidelberg 1925 beschlossen wurde. Wenn sie ihrem Programm diese neue Form gab, so wollte sie damit nicht sagen, sie höre auf zu sein, was sie bisher gewesen. Sie bleibt in ihrem Wesen, ihren Grundsätzen und Zielen dieselbe, die sie nun bald zwei Menschenalter lang ist: die Partei des um seine vollständige, politische wie ökonomische Befreiung ringenden arbeitenden Volkes.

Aber in diesem langen Zeitraum haben sehr oft die politischen Situationen und Aufgaben gewechselt. Neue Erfahrungen traten auf, manche Forderung wurde durchgesetzt, war daher im Programm nicht mehr am Platz, neue Grundlagen des Kampfes wurden geschaffen; alles das erreichte bei allem Festhalten am ursprünglichen Wesen von Zeit zu Zeit neue Formulierungen der sozialdemokratischen Forderungen und ihrer Begründung.

Vor allem liegt zwischen dem Programm, das sich die deutsche Sozialdemokratie in Erfurt 1891 gab, und dem jetzigen die große Tatsache der Revolution von 1918.

Das Erfurter Programm wurde geschaffen mehr als ein Vierteljahrhundert vor der Revolution.

Wohl brachte diese nicht alles, was wir von ihr erwarteten; denn sie kam im Gefolge eines furchtbaren Krieges, der das Proletariat aufs tiefste zerklüftete und die materiellen Hilfsmittel des gesamten Volkes unendlich verringerte. Aber trotzdem hat die Revolution Großes gebracht, vor allem die Überwindung der Militärmonarchie, deren Beseitigung ehemals für unsere Partei die schwierigste und wichtigste Aufgabe war, die zu lösen vielen unmöglich schien. Eine ganz neue Situation wurde durch die Revolution für das Proletariat geschaffen, ein ganz neuer Boden politischer und ökonomischer Betätigung und ganz neue Machtverhältnisse. Was zur

Zeit des Erfurter Programms noch in weiter Ferne lag, ist jetzt in das Bereich unserer Gegenwartsaufgaben gerückt.

Damit nehmen unsere Forderungen an die Gegenwart vielfach andere Gestalt an. Es wird aber damit auch nahegelegt: bei der Erörterung mancher unserer Grundsätze weniger die Sprache reiner Theorie und mehr die Praxis zu sprechen. Unser Endziel wird dabei nicht im geringsten verschoben.

Wie alle bisherigen sozialdemokratischen Programme, zerfällt auch das Heidelberger in zwei Teile: in die Aufstellung der nächsten Forderungen und in einen einleitenden grundsätzlichen Teil, der diese Forderungen als Marksteine auf dem Wege zu den letzten Zielen der Sozialdemokratie erkennen läßt und als solche begründet.

Dieser grundsätzliche einleitende Teil des Programmes hat uns zunächst zu beschäftigen. Er lautet:

Die ökonomische Entwicklung hat mit innerer Gesetzmäßigkeit zum Erstarren des kapitalistischen Großbetriebes geführt, der in Industrie, Handel und Verkehr immer mehr den Kleinbetrieb zurückdrängt und seine soziale Bedeutung verringert. Mit der immer stärker werdenden Entfaltung der Industrie wächst die industrielle Bevölkerung ständig im Verhältnis zur landwirtschaftlichen. Das Kapital hat die Massen der Produzenten von dem Eigentum an ihren Produktionsmitteln getrennt und den Arbeiter in einen besitzlosen Proletarier verwandelt. Ein großer Teil des Grund und Bodens befindet sich in den Händen des Großgrundbesitzes, des natürlichen Verbündeten des Großkapitals. So sind die ökonomisch entscheidenden Produktionsmittel zum Monopol einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Kapitalisten geworden, die damit die wirtschaftliche Herrschaft über die Gesellschaft erhalten.

Zugleich wächst mit dem Vordringen der Großbetriebe in der Wirtschaft Zahl und Bedeutung der Angestellten und Intellektuellen jeder Art. Sie üben in dem vergesellschafteten Arbeitsprozeß die Leitungs-, Überwachungs-, Organisations- und Verteilungsfunktionen aus, sie fördern durch wissenschaftliche Forschung die Produktionsmethoden. Mit dem Anwachsen ihrer Zahl verlieren sie immer mehr die Möglichkeit des Aufstieges in privilegierte Stellungen, und ihre Interessen stimmen in steigendem Maße mit denen der übrigen Arbeiterschaft überein.

Mit der Entwicklung der Technik und der Monopolisierung der Produktionsmittel wächst riesenhaft die Produktivität der menschlichen Arbeit. Aber Großkapital und Großgrundbesitz suchen die Ergebnisse des gesellschaftlichen Arbeitsprozesses für sich zu monopolisieren. Nicht nur den Proletariern, sondern auch den Mittelschichten wird der volle Anteil an dem materiellen und kulturellen Fortschritt vorenthalten, den die gesteigerten Produktivkräfte ermöglichen.

Ununterbrochen sind im Kapitalismus Tendenzen wirksam, die arbeitenden Schichten in ihrer Lebenshaltung zu drücken. Nur durch steten Kampf ist es ihnen möglich, sich vor zunehmender Erniedrigung zu bewahren und ihre Lage zu verbessern. Dazu gesellt sich hochgradige Unsicherheit der Existenz, die stets drohende Arbeitslosigkeit. Diese wird besonders qualvoll und erbitternd in Zeiten der Krisen, die jedem wirtschaftlichen Aufschwung folgen und in der Anarchie der kapitalistischen Produktionsweise begründet sind.

Das kapitalistische Monopolstreben führt zur Zusammenfassung von Industriezweigen, zur Verbindung aufeinanderfolgender Produktionsstufen und zur Organisierung der Wirtschaft in Kartelle und Trusts. Dieser Prozeß vereint Industriekapital, Handelskapital und Bankkapital zum Finanzkapital.

Einzelne Kapitalistengruppen werden so zu übermächtigen Beherrschern der Wirtschaft, die nicht nur die Lohnarbeiter, sondern die ganze Gesellschaft in ihre ökonomische Abhängigkeit bringen.

Mit der Zunahme seines Einflusses benutzt das Finanzkapital die Staatsmacht zur Beherrschung auswärtiger Gebiete als Absatzmärkte, Rohstoffquellen und Stätten für Kapitalsanlagen. Dieses imperialistische Machtstreben bedroht die Gesellschaft ständig mit Konflikten und mit Kriegsgefahr. Doch mit dem Druck und den Gefahren des Hochkapitalismus steigt auch der Widerstand der stets wachsenden Arbeiterklasse, die durch den Mechanismus des kapitalistischen Produktionsprozesses selbst sowie durch stete Arbeit der Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei geschult und vereint wird. Immer größer wird die Zahl der Proletarier, immer schroffer der Gegensatz zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, immer erbitterter der Klassenkampf zwischen den kapitalistischen Beherrschern der Wirtschaft und den Beherrschten. Indem die Arbeiterklasse für ihre eigene Befreiung kämpft, vertritt sie das Gesamtinteresse der Gesellschaft gegenüber dem kapitalistischen Monopol. Eine gewaltig erstarkte Arbeiterbewegung, groß geworden durch die opferreiche Arbeit von Generationen, stellt sich dem Kapitalismus als ebenbürtiger Gegner gegenüber. Mächtiger denn je ersteht der Wille, das kapitalistische System zu überwinden und durch internationalen Zusammenschluß des Proletariats, durch Schaffung einer internationalen Rechtsordnung, eines wahren Bundes gleichberechtigter Völker, die Menschheit vor kriegerischer Vernichtung zu schützen.

Das Ziel der Arbeiterklasse kann nur erreicht werden durch die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an den Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum. Die Umwandlung der kapitalistischen Produktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion wird bewirken, daß die Entfaltung und Steigerung der Produktivkräfte zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger Vervollkommnung wird. Dann erst wird die Gesellschaft aus der Unterwerfung unter blinde Wirtschaftsmacht und aus allgemeiner Zerrissenheit zu freier Selbstverwaltung in harmonischer Solidarität emporsteigen.

Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung ist nicht nur ein wirtschaftlicher, sondern notwendigerweise ein politischer Kampf. Die Arbeiterklasse kann ihren ökonomischen Kampf nicht führen und ihre wirtschaftliche Organisation nicht voll entwickeln ohne politische Rechte. In der demokratischen Republik besitzt sie die Staatsform, deren Erhaltung und Ausbau für ihren Befreiungskampf eine unerläßliche Notwendigkeit ist. Sie kann die Vergesellschaftung der Produktionsmittel nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein.

Der proletarische Befreiungskampf ist ein Werk, an dem die Arbeiter aller Länder beteiligt sind. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands

ist sich der internationalen Solidarität des Proletariats bewußt und entschlossen, alle Pflichten zu erfüllen, die ihr daraus erwachsen. Dauernde Wohlfahrt der Nationen ist heute nur erreichbar durch ihr solidarisches Zusammenwirken.

Die Sozialdemokratische Partei kämpft nicht für neue Klassenprivilegien und Verrechte, sondern für die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst, für gleiche Rechte und Pflichten aller, ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung. Von dieser Anschauung ausgehend, bekämpft sie nicht bloß die Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnarbeiter, sondern jede Art der Ausbeutung und Unterdrückung, richte sie sich gegen ein Volk, eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse.

Den Befreiungskampf der Arbeiterklasse zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten und ihm sein notwendiges Ziel zu weisen, ist die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei. In ständigem Ringen und Wirken auf politischem, wirtschaftlichem, sozialem und kulturellem Gebiet strebt sie zu ihrem Endziel.

Dies die grundsätzliche Einleitung des Heidelberger Programms.

2. Der Großbetrieb

Es ist eine weitverbreitete Anschauung, daß die Ziele und Forderungen der Sozialdemokratie bloß fromme Wünsche und Träume seien, die in der Wirklichkeit keinen Boden fänden und in Widerspruch zu allen Erfahrungen der Vergangenheit ständen.

Aber wer die grundsätzliche Einleitung des sozialdemokratischen Programms liest, wird zugeben müssen, daß es sich nicht auf Wünsche und Träume stützt, sondern auf sehr reale Tatsachen. Auf Tatsachen, die allgemein bekannt sind und die niemand leugnen kann.

Allerdings, wer sich bloß an die Vergangenheit hält, dem erscheinen leicht die Ziele der Sozialdemokratie als etwas ganz Unerhörtes, allen bisherigen Erfahrungen Widersprechendes. Immer habe es Arme neben Reichen gegeben, und es werde immer so sein müssen.

Die so sprechen, vergessen, daß wohl das, was die Sozialdemokraten wollen, die Durchführung von etwas ganz Neuem, Unerhörtem ist. Aber nicht minder neu und unerhört in der historischen Geschichte der Menschheit sind die heute schon bestehenden und für jedermann sichtbaren Tatsachen, auf die sie ihre Forderungen stützt.

Der grundsätzliche Teil des Heidelberger Programms geht aus von der Tatsache des kapitalistischen Großbetriebes.

Diese Erscheinung, die in den letzten zwei Jahrhunderten immer mehr hervortritt, ist in der Geschichte der Gesellschaft etwas völlig Neues. Wohl hat es schon vor zweitausend und mehr Jahren Großbetriebe gegeben. Aber sie waren ganz anderer Natur als die kapitalistischen Großbetriebe unserer Zeit. Sie dienten hauptsächlich der Gewinnung von Rohstoffen in der Landwirtschaft und in Bergwerken und wurden von Zwangsarbeitern betrieben. Diesen unwilligen, rohen Arbeitskräften durfte man nicht feinere Werkzeuge anvertrauen. Erst recht nicht Maschinen. Nur im Kleinbetrieb, wo der Arbeiter sein eigener Herr war, wurde damals mit Sorgfalt gearbeitet, konnten verfeinerte Werkzeuge und Arbeitsmethoden angewendet werden. Der Kleinbetrieb war damals dem

Großbetrieb technisch überlegen. Der Großbetrieb konnte mit Erfolg nur dort betrieben werden, wo die Zwangsarbeiter, Kriegsgefangene, verurteilte Verbrecher, Leibeigene, in großer Fülle vorhanden waren und ihr Anwenden fast nichts kostete. Wo diese Bedingungen aufhörten, verschwand der Großbetrieb. Der Kleinbetrieb blieb die höchste und allgemeinste Form der Produktion.

In diesen Zeiten kannten die arbeitenden Klassen kein höheres Ziel als das, daß jeder Arbeiter ein freier Besitzer der Produktionsmittel sei, die er anwendete.

Ganz anderer Art als der alte, ist der neuere Großbetrieb. Und auf diesem Unterschied beruht die Eigenart der Ziele der heutigen Arbeiterschaft im Gegensatz zu ihren Vorgängern. Hier ist die tiefste Wurzel des sozialdemokratischen Denkens zu finden.

Der neuere Großbetrieb fällt zusammen einmal mit einer hohen Entwicklung der Naturwissenschaften, die es ermöglicht, verfeinerte Arbeitsmittel und Arbeitsmethoden einzuführen, durch die das Erträgnis der Produktivität der Arbeit ungemein gesteigert wird, die aber nur bei weitgehender Arbeitsteilung im Betrieb, also vor allem im Großbetrieb, mit Vorteil anzuwenden sind.

Auf der andern Seite fällt der neuere Großbetrieb zusammen mit dem Vorhandensein zahlreicher freier Arbeitskräfte, die nicht im Besitz von Produktionsmitteln und daher gezwungen sind, Arbeit im Dienste anderer zu suchen, reicher Leute, die imstande sind, die Arbeitsmittel von Großbetrieben zu erwerben und die besitzlosen Arbeitskräfte als Lohnarbeiter in diesen Betrieben anzuwenden.

So entsteht der moderne, kapitalistische Großbetrieb.

Wohl besitzt der Lohnarbeiter im Dienste eines Kapitalisten kein so großes Interesse an dem Erfolg seiner Tätigkeit wie einst der selbständige Handwerker, der Arbeiter im eigenen Kleinbetrieb. Aber immerhin steht die Lohnarbeit freier Arbeiter hoch über der von Sklaven und Sträflingen; denn der Lohnarbeiter ist kein Zwangsarbeiter. Er ist wohl nicht sein eigener Herr, muß unter der Leitung eines andern zu dessen Bereicherung arbeiten, nicht aus freien Stücken, sondern gedrängt von der Not. Aber seine Person ist nicht das Eigentum eines andern, er arbeitet nicht unter physischem Zwang. Die Kapitalisten lernen auch mit der Zeit Methoden zu entdecken, die dem Lohnarbeiter ein Interesse an dem Erfolg seiner Arbeit beibringen, wie zum Beispiel das Akkordsystem. Die Hauptsache aber ist: auf Grundlage der Lohnarbeit wurde die gewaltige Produktivkraft des kapitalistischen Großbetriebes möglich, die wir erleben, wo der einzelne Arbeiter manchmal das Hundert-, ja Tausendfache dessen produziert, was er ehemals im Kleinbetrieb schuf, und wo der Großbetrieb vielfach Dinge hervorbringt, die der Kleinbetrieb überhaupt nicht hätte schaffen können.

3. Industrie und Landwirtschaft

Auf manchen Gebieten der Produktion verschwindet der Kleinbetrieb völlig, wie zum Beispiel in der Spinnerei. Auf andern geht er rasch zurück, wie in der Bierbrauerei. Auf manchen Gebieten behauptet sich jedoch der Kleinbetrieb noch, die von der Maschine noch nicht erfaßt sind oder in denen die Maschine auch im Kleinbetrieb angewendet werden kann. Aber

die im allgemeinen überwiegende und herrschende Produktionsweise wird immer mehr der Großbetrieb, und zwar der industrielle Großbetrieb:

Während im Altertum und auch im Mittelalter die Großbetriebe neben dem Bergbau vornehmlich im Landbau, beim Großgrundbesitz, zu finden waren, ist es in der heutigen Gesellschaft die Industrie, in der der Großbetrieb sich vornehmlich entwickelt, und im Zusammenhang damit das Verkehrswesen, der Warenhandel sowie die Einrichtungen des Geldverkehrs, Banken und Kreditinstitute.

Wohl ist der moderne Großbetrieb heute auch in der Landwirtschaft schon so weit, dem Kleinbetrieb technisch überlegen zu sein, namentlich im Getreidebau. Doch ist diese Überlegenheit noch keine so große wie in vielen Zweigen der Industrie, und sie wird oft aufgehoben durch Unzulänglichkeit und Unwilligkeit schlecht bezahlter und behandelter Arbeitskräfte, denen gegenüber die größere Sorgfalt und auch Überarbeit des kleinen Landwirts im eigenen Betrieb in Betracht kommt.

Eine andere Seite der Eigenart der Landwirtschaft gegenüber der Industrie besteht aber darin, daß die Zahl der Arbeitskräfte, die sie beschäftigt, fast gar nicht zunimmt, oft sogar zurückgeht, während die industrielle Arbeiterschaft rasch anwächst. Der hauptsächlichste Arbeitsgegenstand der Landwirtschaft, der anbaufähige Boden, ist eben in alten Kulturländern einer wesentlichen Ausdehnung nicht mehr fähig. Eine technische Verbesserung, die Arbeit spart, wird daher in der Landwirtschaft oft Arbeiter überflüssig machen, während in der Industrie Ersparung von Arbeitern durch technische Fortschritte vielfach mehr als wettgemacht wird durch rasche Zunahme des in ihr angelegten Kapitals.

In Deutschland überwog vor hundert Jahren noch ungefähr ebensosehr die Landbevölkerung, wie es heute in Rußland der Fall ist, wo man 1920 auf 111 Millionen (84,5%) Landbewohner nur etwas über 20 Millionen (15,5%) Städtebewohner zählte.

Für das 1871 begründete Deutsche Reich gibt es vor diesem Jahr keine Zählung. Wir können für die Zeit vorher nur einzelne deutsche Staaten in Betracht ziehen. In Preußen machte die städtische Bevölkerung 1849 nur 26% der Gesamtbevölkerung aus, 1871 dagegen schon über 33%. Im Deutschen Reich finden wir 1871 26 269 000, dagegen 1910 nur noch 25 955 000 Landbewohner, also um 314 000 weniger. Inzwischen war die Stadtbevölkerung von 14 791 000 auf 38 971 000, also um 24 180 000 gewachsen. Im Jahre 1871 überwog noch die Landbevölkerung, sie machte 64% der Gesamtbevölkerung aus. Im Jahre 1910 war sie bereits zur Minderheit geworden, zu 40%.

Die heutigen Angaben lassen sich mit den vor dem Kriege gewonnenen nicht vergleichen. Immerhin ist es bezeichnend, daß 1919 die Landbevölkerung im Deutschen Reich nur noch 37% ausmachte. Dabei ist die landwirtschaftliche Bevölkerung noch kleiner als die auf dem flachen Lande lebende, da zu dieser auch zahlreiche Arbeiter der industriellen Unternehmungen zählen, die außerhalb der Städte angesiedelt sind. Die von der Landwirtschaft lebende Bevölkerung wurde bei der Berufszählung von 1882 auf 19 225 000 (42,5% der Gesamtbevölkerung), 1907 nur noch auf 17 681 000 (28,7%) ermittelt.

Im Altertum und Mittelalter überwog die landwirtschaftliche Bevölkerung zahlenmäßig und auch an ökonomischer Wichtigkeit in der Ge-

samtbevölkerung. Der Städter rekrutierte sich aus der Landbevölkerung. Deren Denkweise beherrschte nicht nur das Land, sondern auch die Stadt. Unter den Handwerkern und Lohnarbeitern der Industrie überwog bäuerliches Denken. Und die besitzenden Klassen der Städte ahmten in ihrem Denken und Gebaren das der großen Grundbesitzer nach.

Heute ist das Umgekehrte eingetreten. Die Landbevölkerung wird nicht nur zahlenmäßig immer kleiner. Immer mehr wird ihr Denken auch vom städtischen Denken beherrscht. Das Denken der Großgrundbesitzer und Großbauern nimmt immer mehr kapitalistische Züge an, indes unter den Landarbeitern und Zwergbauern immer mehr Verständnis und Teilnahme für die Forderungen und Kämpfe der städtischen Lohnarbeiter erstet, deren Interessen mit den ihrigen übereinstimmen.

4. Der neue Mittelstand

Neben den bisher genannten Klassen, den Kapitalisten und Großgrundbesitzern auf der einen Seite, den Bauern, Handwerkern, Lohnarbeitern auf der andern, erstet eine Schicht, die schon bis ins Altertum zurückgeht, deren heutige Form und Bedeutung aber ganz neu ist.

Schon im Altertum gab es Beamte, Ärzte, Künstler, Rechtsanwälte und andere sogenannte Geistesarbeiter. Aber der kapitalistische Großbetrieb und die mit seinem Wachsen Hand in Land gehend rasche Ausdehnung der Wissenschaften und der ihnen dienenden Einrichtungen haben die Zahl und Bedeutung dieser Geistesarbeiter gänzlich umgewandelt. Ehedem bildeten sie ein wenig zahlreiches Anhängsel einer kleinen herrschenden Minderheit. Heute sind sie zu einer ausgedehnten Schicht geworden, die für die gesamte Bevölkerung größte Bedeutung gewonnen hat, deren Wohl und Wehe aber auch immer mehr von dem Gedzihen der Gesamtheit und nicht bloß von dem der herrschenden Minderheit abhängt.

Man denke nur an die Ausdehnung, die seit einem Jahrhundert das Schulwesen genommen hat sowie das Zeitungswesen; die wachsenden Aufgaben von Staat und Gemeinde, sowie der kapitalistischen Großbetriebe, die alle immer mehr Beamte erfordern.

Nicht nur die Zahl der schon genannten Ärzte, Künstler, Rechtsanwälte, Schriftsteller, Beamten, Lehrer wurde ungemein vermehrt. Es kamen dazu auch ganz neue Berufe, wie die der Ingenieure und der Chemiker. Und Arbeitszweige kamen in den Vordergrund, in denen die Angestellten über die eigentlichen Handarbeit leistenden Lohnarbeiter überwiegen. Dies gilt namentlich vom Handel, aber auch von vielen Unternehmungen des Verkehrswesens. Gerade diese Gruppen gewinnen im Fortschreiten der kapitalistischen Produktionsweise besondere Bedeutung.

Keine Gesellschaftsschicht wächst unter den heutigen Bedingungen so rasch an wie die der Selbständigen und Angestellten, der geistigen Arbeiter, der „Intellektuellen“ — Gruppen, die man als den neuen Mittelstand bezeichnet.

Von je 1000 Erwerbstätigen in Landwirtschaft, Industrie und Handel waren im Deutschen Reich Selbständige im Jahre 1882 320, im Jahre 1907 nur noch 223, dagegen Lohnarbeiter im Jahre 1882 661, im Jahre 1907 schon 725; endlich Angestellte 1882 19, 1907 schon 52. Der Anteil der Selbständigen an der Gesamtsumme der Erwerbstätigen nahm also in den 25 Jahren von 1882 bis 1907 um 33%, ein volles Drittel, ab, der der Lohnar-

beiter wuchs um nicht ganz 10% (9,6%), der der Angestellten dagegen um 176%. Er hat sich weit mehr als verdoppelt.

Resultate einer neueren deutschen Berufsstatistik, die mit der von 1907 vergleichbar wäre, liegen nicht vor. Aber alles deutet darauf hin, daß seitdem die Entwicklung in der gleichen Richtung noch schneller fortgeschritten ist als ehemals.

Rasch wächst die Zahl der Intellektuellen. Noch rascher der gesellschaftliche Einfluß vieler unter ihnen. Welch gewaltige Wirkung kann eine Schule ausüben oder eine Zeitung!

Gleichzeitig mit dem Wachsen an Zahl vollzieht sich aber auch ein Wechsel in der gesellschaftlichen Stellung der Intellektuellen.

Waren sie zunächst nur ein Anhängsel der herrschenden Klassen gewesen, das deren Herrschafts- und Luxusbedürfnissen zu dienen hatte, so gelang es im Lauf der letzten zwei Jahrhunderte vielen unter ihnen zu einer selbständigen Stellung in der Gesellschaft zu gelangen, in der sie zu keiner der Klassen gehörten, in gewissem Sinne über ihnen standen, bloß — neben ihren persönlichen Interessen — das Interesse der Gesamtheit vertraten. Das war der Fall bei vielen Ärzten, Rechtsanwälten, Lehrern, namentlich an Hochschulen. Ja selbst nicht wenige richterliche und Verwaltungsbeamte des Staates wurden zu jener Zeit vom Allgemeininteresse, nicht von irgendeinem Klasseninteresse bewegt, wenn sie auch meist nicht in der Lage waren, öffentlich dementsprechend zu handeln.

Diese Stellung über den Klassen ließ sich auf die Dauer nicht halten. Je größer die Zahl der Intellektuellen wird, je weniger höhere Bildung ein seltenes Privilegium ist, desto mehr werden auch die Intellektuellen in die sozialen Kämpfe des Tages hineingezogen. Desto zahlreicher unter ihnen die Existenzen, die der Lohnarbeiterschaft, dem Proletariat, nahe stehen. Die einen suchen die Gefahren der drohenden Herabdrückung dadurch wettzumachen, daß sie im Anschluß an das Proletariat an dessen Bestrebungen um Hebung seiner Gesamtlage teilnehmen. Andere wieder suchen der drohenden Gefahr dadurch zu entgehen, daß sie sich den herrschenden Klassen in die Arme werfen, um mit ihrer Hilfe unter Ausschließung jeder Konkurrenz für ihren kleinen Kreis eine privilegierte Stellung zu gewinnen.

Das Aufkommen der Intellektuellen wurde vielfach von bürgerlichen Politikern als das eines „neuen Mittelstandes“ begrüßt. Man hatte die Hoffnung verloren, ein Gegengewicht gegen das aufsteigende Proletariat im teils niedergehenden, teils selbst von proletarischem Denken und Trachten erfaßten Mittelstand zu finden. Die an Zahl und Bedeutung zunehmenden Intellektuellen sollten als neuer Mittelstand das gesuchte Gegengewicht bilden.

Aber es geht mit ihnen wie mit dem alten Mittelstand. Wohl nehmen sie nicht, wie dieser, an sozialer Bedeutung und an Zahl ab, aber ihre Einheitlichkeit wird wie die des alten Mittelstandes durch den Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit gesprengt. Wie der alte, teilt sich auch der neue Mittelstand in zwei Gruppen, von denen die eine, die an Zahl rasch zunimmt, sich mit sozialistischem Fühlen und Denken erfüllt. Die andere dagegen wird zur Verfechterin kapitalistischer Interessen. Von vorne herein gering an Zahl, verengt sich ihr Umkreis immer mehr. Aber in gleichem Maße wächst ihr engstirniger Fanatismus, der um so rücksichts-

loser an die brutale Gewalt appelliert, je weniger ein Appell an die Zustimmung der Massen oder an das Wissen ihnen Aussichten bietet.

Der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit erfaßt so neben den Unternehmern und der zunehmenden Zahl eigentlicher Lohnarbeiter auch noch immer weitere Kreise, die nicht direkt an ihm beteiligt sind.

5. Die Verschärfung der Klassengegensätze

Der Großbetrieb ist bisher aufgebaut auf dem Privateigentum an den Produktionsmitteln. Die einzelnen Großbetriebe gehören reichen Kapitalisten, die besitzlose Arbeitskräfte gegen Lohnzahlung in diesen Betrieben beschäftigen. Je geringer der Lohn, je länger die Arbeitszeit, um so größer der Profit des Kapitalisten. Und der einzelne Kapitalist steht dem einzelnen Arbeiter übermächtig gegenüber. Schon diese Übermacht bietet einen gewaltigen Antrieb für die Kapitalisten, die Lage des Arbeiters aufs äußerste herabzudrücken. Sie trachten nicht bloß danach, alle die Früchte der ökonomischen Überlegenheit des Großbetriebes allein einzusecken, den Arbeitern nichts davon zukommen zu lassen. Sie gehen, wo sie können, darüber hinaus, senken den Lohn, verlängern die Arbeitszeit immer mehr bis an die äußerste Grenze dessen, was für die Fristung des Lebens unerlässlich ist. Sie lösen auch die Familie des Arbeiters auf, zwingen seine Frau, ja seine Kinder vom zartesten Alter an, in die Fabrik zu gehen, um sich für das Kapital gegen ein geringfügiges Entgelt abzurackern.

Auch Kapitalisten, denen diese wüste Barbarei widerstrebt, werden schließlich durch die Konkurrenz gezwungen, mitzutun. Nur geistig hochstehende Kapitalisten, wie zum Beispiel ein Robert Owen, verstehen es, auf eigene Faust durch zweckmäßige Produktionsmethoden und durch moralische wie körperliche Hebung ihrer Arbeiter eine Vermehrung der Produktion zu erzielen, die es ihnen erlaubt, sich im Konkurrenzkampf zu behaupten.

Die Klasse der Kapitalisten, als Ganzes genommen, ist ununterbrochen bestrebt, ihre Profite zu erhöhen, wozu der nächste und bequemste Weg der ist, die Lage der Arbeiter zu verschlechtern, durch Frauen und Kinderarbeit, Lohndruck, Überarbeit, also Vermehrung des Elends der Arbeiterklasse.

Daß dies in den Anfängen der kapitalistischen Industrie bis in die Hälfte des vorigen Jahrhunderts hinein galt, wird allgemein zugegeben. Aber seitdem soll das Streben der Kapitalisten nach Verelendung der Lohnarbeiter, der Proletarier, aufgehört haben.

Richtig ist, daß im letzten halben Jahrhundert in Europa bei zahlreichen Arbeiterschichten eine Verbesserung ihrer Lage festgestellt werden kann. Daß dies aber nicht auf eine Änderung des Strebens und Sinns der Kapitalisten zurückzuführen ist, sehen wir heute noch überall dort, wo sie widerstandslosen Arbeitermassen gegenüberstehen, wie in China und Indien, wo hochzivilisierte europäische Kapitalisten in ihren Unternehmungen das ärgste an unmenschlicher Grausamkeit gegenüber den dortigen Arbeitern leisten.

Der Drang, die Tendenz des Kapitalismus nach Verelendung seiner Arbeiter besteht heute ebenso wie vor hundert Jahren. Aber zum Glück für die Menschheit erweist sich diese Tendenz nicht als unwiderstehlich, sonst wären die Arbeiter schon längst im tiefsten Elend verkommen und

untergegangen, und damit wäre die ganze kapitalistische Gesellschaft der Länder der höchsten Zivilisation in Schmutz und Schande erstickt.

Daß es dazu nicht kam, daß vielmehr diese Länder in jeder Weise erstarkt sind, verdanken sie dem Umstand, daß das Proletariat sich als eine Klasse erweist, die imstande ist, der kapitalistischen Verelendungstendenz eine Grenze zu ziehen und diese Grenze schließlich immer mehr zu seinen Gunsten zu verschieben.

Der Kapitalist ist allmächtig gegenüber dem einzelnen Arbeiter. Dagegen erweisen sich die Proletarier dem Kapital gegenüber als sehr wehrhaft dort, wo sie einmütig zusammenstehen und der Macht des Besitzes die Macht der geschlossenen Masse gegenüberstellen.

Das Kapital selbst erzeugt nicht bloß den Drang nach Verelendung der Arbeiter, es erzeugt auch — sehr wider seinen Willen — die Bedingungen, die die Masse und den Zusammenschluß der Masse und ihre Wucht immer mehr vergrößern, wodurch die tatsächliche Bewegung der Arbeiterklasse aus einer absteigenden in eine aufsteigende verwandelt wird.

Das Kapital selbst vereinigt die Lohnarbeiter in großen Betrieben, vereinigt die großen Betriebe in Riesenstädten, stellt einen engen nicht bloß wirtschaftlichen, sondern auch geistigen Zusammenhang zwischen diesen Städten her durch Post, Telegraph, Eisenbahnen, Zeitungen, neuerdings Telefon, Radloanstalten, Flugzeuge usw.

Schon vor hundert Jahren begannen sich manche Arbeiter Englands gelegentlich zu versuchen des Widerstandes gegen kapitalistische Tyrannei in Ausständen zusammenzutun. Die wirkten noch wenig. Als aber aus gelegentlichem Zusammentreten dauernde Organisationen erwachsen, Organisationen zu ökonomischem und politischem Kampf, Gewerkschaften und Arbeiterparteien, als diese aufhörten, bloß örtlicher Natur zu sein und begannen, den ganzen Staat, die ganze Nation zu umfassen und schließlich zu internationaler Verständigung überzugehen, da hörte für alle die Arbeiterschichten, die zu solcher Art Organisation fähig waren, die Tendenz der Verelendung auf, wirksam zu sein.

Aber das geschah nur durch unaufhörlichen Kampf, Klassenkampf; durch unaufhörliche Vermehrung und Vervollkommnung der Waffen des Klassenkampfes.

Der proletarische Klassenkampf hat Europa vor dem Elend bewahrt, in das es der schrankenlose Kapitalismus zu stürzen drohte.

Nun meint gar mancher bürgerliche Politiker und Ökonom, daß jetzt, seitdem das Proletariat es vermag, die Tendenz der Verelendung zu überwinden und unter günstigen Umständen seine Lage sogar zu verbessern, damit sein Gegensatz gegen das Kapital sich mildere und es sich mit seiner Herrschaft immer mehr abfinde, ja befreunde.

Nichts irriger als das.

Das Streben der Kapitalisten nach wachsender Bereicherung durch fortschreitend zunehmende Ausbeutung des Proletariats wird durch dessen Erstarken und Aufsteigen nicht beseitigt; sondern nur auf andere Bahnen gelenkt. Soweit der Profit von der Ausbeutung der Arbeiter abhängt, gibt es zwei Methoden, ihn zu erhöhen: einmal die nächstliegende, geistloseste, die in den Anfängen des Kapitalismus am meisten angewendet wird: die

der Senkung des Lohnes, der Verlängerung der Arbeitszeit. Je mehr diese Methode auf Hindernisse stößt, desto mehr müssen sich die Kapitalisten zur zweiten bequemen: durch die Einführung arbeitsparender Verbesserungen, wie zum Beispiel Maschinen, das Produkt der Arbeitsstunde zu erhöhen, was zunächst, solange die Preise des Produkts nicht entsprechend fallen, dem Kapitalisten einen Extraprofit verschafft. Eine rasche Folge von Erfindungen und Verbesserungen bringt so den Kapitalisten erhöhte Profite auch bei steigendem Lohn und verkürzter Arbeitszeit. Das heißt, ihr Anteil am Produkt der Arbeit wächst auch unter diesen für den Arbeiter günstigen Umständen.

Daß dies der Fall, bezeugt ohne lange statistische Berechnung schon ein Blick auf die Vereinigten Staaten. Nirgends sind die Arbeitslöhne höher — mitunter drei- bis viermal so hoch wie die europäischen. Dort wurde auch zuerst die Arbeitszeit stark verkürzt, der achtstündige Arbeitstag erreicht. Und trotzdem nimmt nirgends der kapitalistische Reichtum in so märchenhafter Weise zu wie gerade dort.

Mit dem Reichtum wächst aber auch die Macht, die er verleiht, steigt das Bedürfnis des Kapitals nach Ausdehnung seiner Kommandogewalt.

Auf der andern Seite erstarkt mit der Verkürzung der Arbeitszeit und dem Steigen der Löhne das Selbstbewußtsein der Arbeiter, nehmen die Möglichkeiten ihrer Organisation und Aufklärung zu, steigen ihre Ansprüche an den gesellschaftlichen Reichtum, den sie geschaffen haben, wächst ihr Widerstand dagegen, als willenlose Werkzeuge bei der Arbeit behandelt zu werden.

Immer gewaltiger gestalten Kapital und Arbeit die Machtmittel, die sie in ihren Klassenkämpfen aufbieten. Immer riesenhafter werden die Kämpfe, immer umfassender ihre Ziele; immer mehr bewegen sie die ganze Gesellschaft, immer mehr werden alle Klassen an ihren Ergebnissen interessiert. Diese sozialen Kämpfe werden immer mehr zum Mittelpunkt des gesellschaftlichen Lebens unserer Zeit.

Das, und nicht die Milderung der Klassengegensätze ist die Folge der Überwindung der kapitalistischen Verelendungstendenz durch ein in siegreichen Klassenkämpfen emporsteigendes Proletariat.

6. Die Demokratie

Es gibt wohl eine Reihe von Tatsachen, die als zunehmende Milderung der Klassengegensätze gedeutet werden. Aber bei näherem Zusehen stellen sie sich bloß als eine Milderung der Formen heraus, in denen die Klassenkämpfe ausgetragen werden. Sie entspringen den Fortschritten der Demokratie im Staate.

Auch dies ist eine ganz neue, bisher noch nie dagewesene Erscheinung im Völkerleben.

Die Demokratie selbst, die Entscheidung über alle allgemeinen Angelegenheiten durch die Gesamtheit der erwachsenen Mitglieder des Gemeinwesens (oder wenigstens aller Männer) ebenso wie die Gleichheit der Bewegungsfreiheit im Gemeinwesen für alle diese Mitglieder ist wohl uralte, so alt wie das Menschengeschlecht selbst. Aber sie blieb auf sehr kleine Gemeinwesen beschränkt, überschritt nie die Ausdehnung einer Gemeinde.

Größere Gemeinwesen, Staaten, bildeten sich durch die gewaltsame Zusammenfassung mehrerer Gemeinden oder Stämme durch eine einzelne